MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1922

434 (21.9.1922) Mittag-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-205545

Donnerstag, 21. September. Mittag-Ausgabe. 1922. — Nr. 434

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim und Umgebung monatlich frei ins Haus gebracht Mark 150.—. Durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 450.—. Einzelnummer Mk. 4.00. Postscheckkonto Nr. 17590 Karlsruhe in Baden und Nr. 5977 Ludwigshafen am Rhein. Hauptgeschäftsstelle E 6, 2. Geschäfts-Nebenstelle Neckarvorstadt, Waldhofstraße Nummer 6. Fernsprecher Nummer 7940, 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegramm-Adresse: Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zwölfmal.

Anzeigenpreise: die kleine Zeile Mk. 20.—. Stellengesuche und Familien-Anzeigen 20% Nachlaß. Reklamen Mk. 80.—. Annahmeschluß: Mittagblatt vorm. 9½ Uhr, Abendbl. nachm. 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmt. Tagen, Stellen u. Ausgaben w. keine Verantwortg. übern. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu kein. Ersatzansprüchen s. ausgef. oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz u. Recht. Mannh. Frauen-Zeitung. Mannh. Musik-Zeitung. Bildung u. Unterhaltung. Feld u. Garten. Wandern u. Reisen.

Lord Curzon in Paris.

§ **London**, 19. September.

„Die englische Regierung will nicht den Krieg im nahen Osten, sondern die Sicherung der Seefreiheit," entgegnet das Blatt Lloyd Georges, „Daily Chronicle", auf den scharfen Angriff der „Daily Mail". Die deutliche Absage der offiziösen Pariser Blätter, an einer militärischen Aktion gegen das türkische Heer teilzunehmen, hat auf die hiesige tonangebende Presse keineswegs ungünstig eingewirkt. Während von Paris aus die Orientpolitik Lloyd Georges offen angegriffen wird, enthält man sich hier jeder unfreundlichen Auslassung über die von Poincaré ausgegebene Parole, daß Frankreich eine Beteiligung an militärischen Operationen gegen die Türken nicht bewilligen könne. Die Richtlinien der englischen Politik kennzeichnen sich jetzt ziemlich klar: es soll ein Stillstand im Vormarsche der Türken erreicht werden, und diese Pause soll benutzt werden, um die Konferenz vorzubereiten. Sind einmal die Vorbereitungen getroffen, so kann die kleinasiatische Frage, verbunden mit der türkischen Forderung bezüglich Thraziens und Adrianopels, einer interalliierten Besprechung unterworfen werden. Erst nach Einigung unter den Großmächten würde die Angora-Regierung ersucht werden, ihre Vertreter auf die Konferenz zu schicken. Sollte Kemal Pascha auch Rußland als Teilnehmer an der Konferenz wünschen, so würde dies zur Geltendmachung der englischen Forderung führen, die kleine Entente heranzuziehen. Prinzipiell ist man, laut „Daily Telegraph" nicht abgeneigt, der Beteiligung Rußlands zuzustimmen.

In diesem Sinne dürfte sich Lord Curzon in Paris aussprechen. Gleichwohl bleibt die Frage offen, inwiefern Frankreich und Italien den englischen Standpunkt betreffs Thraziens annehmen können. Es ist hier kein Geheimnis mehr, daß Bulgarien ein „Stein im Brette des französischen Spiels" ist; möglicherweise korrigiert Südslawien seine Haltung in der thrazischen Frage, wenn es eine Kompensation erhält. Eine römische Meldung der „Times" beweist, daß nach dieser Richtung hin Schritte unternommen wurden. Italien besitzt wichtige Konzessionen in Thrazien (aus türkischer Hand) und bekundet daher ein starkes Interesse an der Rückkehr des Türken auf europäischen Boden. Frankreich hat, nach einer Information des „Daily Telegraph", die letzten Wochen nicht vorübergehen lassen, um industrielle Unternehmungen in der Umgebung Stambuls (unter türkischer Aegide) in Gang zu bringen. Diese Unternehmungen gehen von der mächtigen Loucheur-Gruppe aus, die ihr Betätigungsgebiet von der Levante aus bis auf Syrien und Konstantinopel ausgedehnt hat. Die mögliche Rückkehr Loucheurs ins französische Kabinett steht mit der Haltung Poincarés ebenso im Zusammenhang, wie der Einfluß der Großbanken („Union Parisienne" und „Banque Privée"), die an wichtigen Konstantinopeler Konzessionen beteiligt sind.

Was bisher über die Friedensbedingungen Kemals bekannt geworden ist, stimmt nicht gerade günstig. Thrazien den Türken überlassen, bedeutet — so schreibt „Daily Chronicle" — eine Wiederaufrollung des Balkanproblems und eine Zerstörung der durch den Krieg erreichten internationalen Garantieen. Wenn die Angora-Regierung diese Forderung nicht aufgeben sollte, so scheint eine Verständigung nicht möglich. Die Neutralisierung Thraziens wäre eine der hiesigen offiziösen Presse annehmbar scheinende Lösung. Lord Curzon will diesen Vorschlag in Paris ventilieren. Bezüglich der Halbinsel Gallipoli, deren vollständige Rückgabe Kemal Pascha verlangt, wird England entschieden den Standpunkt einnehmen, daß dadurch die Neutralität der Seewege beeinträchtigt würde. In diesem Punkte rechnet man mit dem Entgegenkomemn Frankreichs und Italiens.

Der erste Besuch bei Poincaré.

WB. Paris, 20. Sept.

Wie die Abendblätter melden, hat die Unterredung zwischen Lord Curzon und Poincare von ¾11 bis 1¼ Uhr gedauert. Sie trug rein privaten Charakter, und irgend ein Bericht wurde nicht ausgegeben. Lord Curzon und Poincare haben den sie ausfragenden Journalisten jede Auskunft verweigert. An der Unterredung nahmen ferner teil: der englische Botschafter in Paris, Ministerialdirektor Laroche, der Sekretär der Botschafterkonferenz und zwei englische Sekretäre. Heute nachmittag findet eine neue Unterredung statt, an der auch Graf Sforza und verschiedene Sachverständige teilnehmen werden.

Der „Temps" begrüßt die Anwesenheit Lord Curzons in Paris und faßt sie als einen Beweis dafür auf, daß die englische Regierung den Wunsch habe, die Entente angesichts der Regelung der Orientfrage aufrechtzuerhalten und jede isolierte Aktion zu vermeiden. Die Hauptsache sei, daß die Verwicklungen beseitigt seien, die die Haltung der britischen Regierung einen Augenblick habe befürchten lassen und daß die Verhandlungen, die heute in Paris begannen, in einer ruhigen und herzlichen Weise geführt würden. Das Unerläßliche sei, das Einvernehmen der Alliierten in den Fragen des Orients und des Occidents aufrechtzuerhalten. Der Klugheit der französischen Politik sei es zu verdanken, daß es jetzt erlaubt sei, mit größerem Vertrauen in die Zukunft zu blicken, und daß diese Politik als erstes Ergebnis erreicht habe, daß die englische Regierung auf die Politik der Gewalt gegenüber der Türkei verzichte, und daß andererseits die Angoraregierung entschlossen sei, nichts gegen die Meerengen und Konstantinopel zu unternehmen.

Ein kleiner Zwischenfall.

⊡ **Berlin**, 21. Sept. (Von uns. Berliner Büro.) Vor der gestrigen Besprechung der Orientvorgänge in Paris, die mit der Anberaumung einer gemeinsamen Konferenz endete, hat sich ein pikanter Zwischenfall ereignet, da Lord Curzon erst in Paris erfuhr, daß die italienische Regierung den Grafen Sforza beauftragt habe, an den Besprechungen teilzunehmen. Davon wollte zuerst der englische Außenminister nichts wissen, da er auf eine Besprechung zu dreien, auf der er sich von vornherein einer gegen den englischen Standpunkt gerichteten Mehrheit gegenübersehen würde, nicht vorbereitet gewesen sei. Der englische Botschafter Lord Hardinge begab sich sofort zu Sforza und ersuchte ihn, auf die Teilnahme an den Besprechungen zu verzichten. Schließlich aber wurde der Italiener doch zugelassen.

Die erste Levantekonferenz.

WB. Paris, 20. Sept. Ueber den Verlauf der heutigen Sitzung veröffentlicht Havas folgende Einzelheiten:

Nach den Pariser Besprechungen, die Lord Curzon heute vormittag mit Poincare und am nachmittag mit Sforza hatte, wurde am nachmittag die erste Levantekonferenz zwischen den Vertretern der drei alliierten Mächte abgehalten. Der größte Teil der Erörterungen bezog sich darauf, welches die allgemeine Haltung der Alliierten gegenüber den Türken angesichts der durch die Räumung Kleinasiens durch die Griechen geschaffene Lage sein soll. Bekanntlich hat die britische Regierung Frankreich und Italien, ebenso wie die 3 alliierten Balkanstaaten und Rumänien, Jugoslawien und Griechenland aufgefordert, eine militärische Anstrengung zu unternehmen, um die Meerengen von Konstantinopel gegen jeden Angriffsversuch der kemalistischen Streitkräfte zu schützen und in diesem Sinn hat auch die englische Regierung die Absicht kundgegeben, ihre Truppen im Sandschak zu verstärken. Dagegen waren die Kreise in Frankreich der Meinung, es wäre besser, keine Zwischenfälle mit den regulären nationalistischen Truppen oder irregulären Banden zu wagen und aus diesem Grunde haben beide Mächte ihre Abteilungen vom Südufer des Marmarameeres zurückgezogen.

Lord Curzon gab seinem lebhaften Erstaunen über diesen Beschluß Ausdruck und sagte: Er sei der Meinung, daß dieser Beschluß wenig übereinstimme mit den Verträgen von 1915 und 1920, die die teilweise Besetzung des türkischen Gebietes durch die alliierten Truppen unter britischem Oberbefehl vorsehen.

Poincare legte dar, daß diese Verträge auf den vorliegenden Fall nicht anzuwenden seien. Die französische öffentliche Meinung würde nicht gestatten, daß die französischen Truppen feindlich mit türkischen Truppen zusammentreffen und die französische Regierung habe beschlossen, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um eine friedliche Regelung des Orientproblems zu erzielen. Auf den Beweisgrund des britischen Ministers, man müsse in Tschanak bleiben, er werde Poincare, logischerweise müßten die Alliierten unter diesen Umständen das ganze Südufer des Marmarameeres besetzen. Dies sei in militärischer Beziehung eine unhaltbare Lage, da die alliierten Truppen dann mit dem Rücken nach dem Meere zu kämpfen müßten. Die kemalistischen Truppen hätten bisher Mäßigung gezeigt und in keinem Falle die Absicht zu erkennen gegeben, die Meerengen anzugreifen. Die Aufstellung militärischer Kräfte in dieser Zone könnte also in den Augen der Türken als eine Herausforderung erscheinen. England sei ebenso wie Frankreich und Italien eine große mohammedanische Macht. Diese unnötige starrsinnige Haltung würde in der Welt des Islams schwere, vielleicht kriegerische Rückwirkungen haben. Daher seien die Alliierten daran interessiert, eine Lösung nicht mit den Waffen, sondern durch diplomatische Besprechungen zu suchen.

Graf Sforza vertrat im Namen Italiens den gleichen Standpunkt. Er betonte besonders, daß die Kemalisten, wenn man ihnen eine annehmbare Grundlage für Friedensverhandlungen verschaffe, weiterhin ihre abwartende Haltung beobachten würden.

Hierauf kam es ohne große Schwierigkeiten zwischen den drei Delegierten zu einer Uebereinstimmung darüber, daß es nötig sei, sobald wie möglich eine Konferenz einzuberufen, um die Friedensbedingungen im Orient zu regeln.

Eine Orientkonferenz.

WB. Paris, 20. Sept. Havas veröffentlicht folgende amtliche Mitteilung: Lord Curzon und der französische Ministerpräsident hatten heute nachmittag 2 Uhr 30 Min. am Quai d'Orsay eine erste Sitzung abgehalten. Sie kamen darin überein, daß es zweckmäßig sei, sobald wie möglich eine Zusammenkunft abzuhalten, auf der England, Frankreich, Italien und Japan, ferner Griechenland, Rumänien, Jugoslavien und die Türkei vertreten sein würden, und auf der die Bedingungen des künftigen Friedens zu regeln wären. Der britische Admiral Beatty erstattete einen Bericht über die militärische Lage zu Lande und zu Wasser. Der französische Admiral Grasset gab einige ergänzende Mitteilungen. Die nächste Sitzung wird am Freitag abgehalten.

Die Opposition gegen Lloyd George.

Die Arbeiter.

EP. London, 20. Sept. Für heute abend hat die Arbeiterschaft eine wichtige Versammlung einberufen, die über einen Antrag des Abgeordneten Wedgewood beraten wird, der folgenden Wortlaut hat: „Nach unserer Ansicht ist die gegenwärtige Krise, die uns in einen neuen Krieg zu stürzen droht, die direkte Folge der Außenpolitik Lloyd Georges. Wir betrachten diesen Mann als eine Bedrohung für den Weltfrieden. Wir verlangen, daß sofort Neuwahlen eröffnet werden, damit die öffentliche Meinung Englands die gegenwärtige schlechte Regierung über den Haufen werfen kann."

EP. London, 20. Sept. Der Präsident zahlreicher Gewerkschaften der Textilindustrie in Yorkshire Ben Turner sandte gestern an Lloyd George folgendes Telegramm: „Bringt alle, die vom Krieg sprechen, zum Schweigen. Bedient Euch des Völkerbundes. Die Arbeiterschaft widersetzt sich einem neuen Konflikt im Orient."

⊡ **Berlin**, 21. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Die britische Arbeiterpartei will nicht auf das Ergebnis der Ministerkonferenz warten, sondern habe bereits ihrem Widerspruch gegen jeden kriegerischen Versuch Ausdruck gegeben. Verschiedene Abteilungen der unabhängigen Arbeiterpartei und der großen Gewerkschaften haben bereits in allen Teilen des Landes Protest erhoben. Alle einflußreichen Arbeiterführer werden durch die offizielle Arbeiterzeitung „Daily Herald" aufgefordert, nicht zuzulassen, daß die Regierung das Land in einen neuen Krieg stürze. In den Arbeiterkreisen wird die Forderung erhoben, daß das Parlament einberufen werden soll, damit der Arbeiteropposition Gelegenheit geboten ist, die Regierung wegen ihrer Orientpolitik anzugreifen. Lloyd George ist gestern am späten Nachmittag von seinem Landsitze nach London zurückgekehrt.

Der Handel.

EP. London, 20. Sept. „Daily Telegraph" erklärt, daß in Geschäftskreisen der City die gegenwärtige Haltung der englischen Regierung scharf mißbilligt wird. Ein hervorragender Exporteur erklärte dem Korrespondenten der Zeitung, daß die gegenwärtige Krise besonders dazu beitragen könnte, Lloyd George in naher Zukunft von seinem Posten zu vertreiben.

EP. London, 20. Sept. Eine Gruppe einflußreicher, in Konstantinopel niedergelassener Engländer hat an Lloyd George ein Memorandum übersandt, worin sie erklären, daß nach ihrer Ansicht die Türkei ein Anrecht auf Konstantinopel und Thrazien besitze, Adrianopel eingeschlossen. Ostthrazien sollte als autonome Provinz unter den Schutz des Völkerbundes gestellt werden. Die Dardanellen müßten der türkischen Oberhoheit zurückgegeben, aber vom Völkerbunde verwaltet werden. Die Türkei selbst müßte in den Völkerbund aufgenommen werden.

Englischer Ministerrat.

WB. London, 20. Sept. Heute nachmittag um 6 Uhr 30 wurden die Minister unerwarteterweise zu einer dringenden Sitzung zusammenberufen. Um 7 Uhr traf Churchill ein, um an der Versammlung teilzunehmen. Auch der Erste Minister war aus diesem Grunde nach London zurückgekehrt. Der „Associated Preß" zufolge ist anzunehmen, daß diese Sitzung durch eine Mitteilung Lloyd Georges über Besprechungen mit Poincaré veranlaßt worden ist.

Die zwei Fragen im nahen Osten.

Die Meerengen. — Konstantinopel und Thrazien.

WB. Paris, 20. Sept. Nach einer Havasmeldung aus Adana ist der Standpunkt der Türkei, um allen Gerüchten ein Ende zu machen, wie folgt festgelegt worden:

Es gibt zwei Fragen im Orient, erstens die Frage der Meerengen und zweitens die Frage Konstantinopels und Thraziens. Die Meerengenfrage besteht nicht, da die Angoraregierung vor zwei Jahren erklärt hat, daß sie grundsätzlich die Freiheit der Meerengen annimmt. Die Angoraregierung ist bereit, die diese Fragen betreffenden Einzelheiten zu besprechen. Was die Frage Konstantinopels und Thraziens angeht, wird die Angoraregierung fordern, daß Konstantinopel und Thrazien an die Türkei zurückgegeben werden.

Angora verhandlungsbereit?

WB. Paris, 20. Sept. Der Berichterstatter des „Intransigeant" hatte eine Unterredung mit dem Vertreter der Angoraregierung in Paris Ferid Ben, der ihm erklärte, daß er den heutigen Tag als einen Tag der Vernunft ansehe. Franzosen, Engländer und Italiener würden sich sicherlich auf der Konferenz einigen, damit den Dingen im Orient ein Ende gemacht werde. Die Angoraregierung nehme diese Konferenz an und würde gerne an ihr teilnehmen. Konstantinopel verlange die Angoraregierung, da es die Hauptstadt des Landes sei, aber die Anwesenheit einer interalliierten Oberkommission in der Stadt werde nicht geduldet werden. Auf die Frage, ob die Angoraregierung die Anwesenheit der Sowjetregierung auf der nächsten Orientkonferenz verlangen werde, erklärte Ferid Ben, es werde sich um zwei Konferenzen, oder besser gesagt um zwei Verträge handeln. Die eine Konferenz, die der Großmächte, müßte den Vertrag von Sevres, der zerrissen und unmöglich sei, wieder zusammenflicken. Der zweite Vertrag werde der sein, der das Meerengenstatut festsetzt. Es wäre logisch, wenn bei seiner Abfassung Rußland, Rumänien, Bulgarien, Georgien und Asserbeidschan vertreten seien, da sie am Schwarzen Meere liegen und mithin an den Meerengen interessiert seien.

Die kleine Entente und die Orientfrage.

:—: **Berlin**, 20. Sept. Ueber die Auffassung der kleinen Entente in der Orientfrage gibt der Belgrader Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamsche Courrant" ein umfassendes Bild. Er weist darauf hin, England habe ein entschiedenes Interesse daran, daß Griechenland die europäische Küste halte. Dadurch habe England außer Bulgarien auch Rumänien und Jugoslawien gegen sich. Trotz der antitürkischen Interessen der kleinen Entente. In Belgrad und Bukarest wünsche man nicht, Griechenland die ganze ägäische Küste zu überlassen, weil dann das ganze Hinterland vom Meere abgeschlossen wäre. Gegen die Bildung eines unabhängigen, vom Völkerbund verwalteten Thrazien hätte man nichts einzuwenden. Ein sicher zu erwartender englischer Widerstand lasse sich dadurch umgehen, daß die Festungen am asiatischen Ufer und Gallipoli und die Städte am europäischen Bosporus und am Schwarzen Meer durch gemischte Garnisonen der drei Hauptmächte besetzt blieben. Die Türkei würde wahrscheinlich einer derartigen Lösung zustimmen. Der Korrespondent gibt Ausführungen des Belgrader Tageblatts wieder, das als von Jugoslawien beeinflußt gilt und zu der Frage meint, jeder Engländer halte eine militärisches Auftreten Griechenlands für nötig, um Frankreich in der Levante einen Riegel vorzuschieben, und auch als Warnung an die Adresse Moskaus. Wahrscheinlich werde man in London auch weiterhin Griechenland be-

MARCHIVUM

Zum Abkommen Reichsbank — Bank von England.

:—: **Berlin**, 21. Sept. Wie das „B. T." zu den Abmachungen des Reichsbankpräsidenten in London erfährt, ist es schief ausgedrückt, wenn auch in offiziösen Mitteilungen von deutscher Seite davon gesprochen wird, daß die Bank von England die deutschen Schatzwechsel garantieren wolle. Daran ist nie gedacht worden. Die Reichsbank allein sollte die Garantie übernehmen, dagegen verpflichtet sich die deutsche Regierung, von den ihr zufließenden 25% der deutschen Exportdevisen einen Fonds zur Abtragung der Wechselschuld in 18 Monaten abzuzweigen. Auf dieser Basis erklärte die Reichsbank sich bereit, mit der Bank von England zu verhandeln; dazu kamen die 50 Millionen £, die die Reichsbank seinerzeit in London hinterlegte, sowie ihre Silberbestände. Auf dieser bankmäßigen Unterlage erklärte sich das Londoner Institut bereit, der Reichsbank vom 15. Februar 1923 an einen Vorschuß in Höhe von ⅔ der belgischen Forderungen zu gewähren. Die Reichsbank selbst sollte mit Hilfe des Devisenreservefonds das dritte Drittel bis zum Verfall des 6monatigen Schatzwechsels abdecken. Der bei der Bank von England dann aufzunehmende Vorschuß ist mit dem gleichen Devisenfonds binnen weiterer 12 Monate abzutragen, so daß die ganze Summe von etwa rund 270 Millionen Goldmark von Deutschland bis zum 15. Juni 1924 getilgt sein wird.

Das sei der kaufmännische und wirtschaftliche Gedanke des Garantieplanes der Reichsbank. Das Abkommen Reichsbank—Bank von England wird in der Londoner Presse fast durchweg günstig besprochen. „Times" bringen die Nachricht unter der Ueberschrift „Ein Schritt vorwärts".

Berlin, 21. Sept. Wie die „Germania" mitteilt, ist bezüglich der Abmachungen zwischen der Reichsbank und der englischen Regierung zu erwarten, daß die Regierung bald einen Finanzplan zur Deckung der Zahlungen an die Reichsbank aufstellen wird. Für diesen Finanzplan dürften sich die vom Reichskanzler in seiner Besprechung mit den Gewerkschaften angekündigten Maßnahmen (Steigerung der Ausfuhr durch Mehrerzeugung, Verringerung der Einfuhr durch Einfuhrbeschränkungen für entbehrliche Waren) als notwendig erweisen.

WB. Brüssel, 20. Sept. In den offiziellen Finanz- und Journalistenkreisen zeigt man sich allgemein befriedigt über das Ergebnis der belgisch-deutschen Verhandlungen, die zu einem Einverständnis geführt haben.

Die Folgen des Londoner Ultimatums.

EP. London, 20. Sept. Reichskanzler Dr. Wirth gewährte dem Berliner Korrespondenten der „Westminster Gazette" ein Interview, in dem er ausführte, daß die Regierung sich in einer schwierigen Lage der schlechten Ernte wegen befände, die unter Umständen auch zu inneren Unruhen führen könne. Die Hauptschuld an der heutigen Verwirrung sei dem Londoner Ultimatum zuzuschreiben, das auch neutrale Länder in wirtschaftliche Schwierigkeiten gebracht habe. Deutschlands Industrie könne nicht länger im Auslande kaufen und jede neue Reparationsschuld bedeute eine neue Katastrophe für Deutschland. Der Kanzler wies den Vorwurf, daß Deutschland den Markkurs absichtlich heruntertreibe, mit der Begründung zurück, daß durch diesen Marksturz die deutsche Mittelklasse nahezu vernichtet sei. Das bedeute eine ernste soziale Gefahr, an der ganz Europa zu Grunde gehen müsse, wenn keine Lösung gefunden würde. Die deutsche Regierung habe in den letzten Jahren nach einer praktischen Lösung der Komplikationen auf der Basis ehrlicher wirtschaftlicher Bedingungen gesucht. Die Unzufriedenheit unter den Arbeitern nehme zu und es bestehe die Möglichkeit einer sozialen Revolution. Die letzte und einzige Hoffnung sei Amerika, das jetzt zu begreifen scheine, daß ohne seine Hilfe die Wiederherstellung Europas unmöglich sei. Amerikas Hilfe müsse aber bald kommen, wenn es nicht zu spät sein solle. „Wir haben alles getan, um einen dauerhaften Frieden zu ermöglichen und trotzdem sind wir in ständiger Gefahr, von außen durch Machtmittel und von innen durch Elend und Hunger vernichtet zu werden."

Ein neues Sachlieferungsabkommen.

Berlin, 21. Sept. (Priv.-Tel.) Die Blätter teilen den Inhalt eines weiteren Sachlieferungsabkommens zwischen der Firma Lehrer- von Wiemens, Ver. Baustoffindustrie und einem französischen Syndikat, dem 88 französische Firmen angehören, mit. Nach diesem Abkommen wirkt die deutsche Firma als Sammlerin und Vermittlerin der französischen Aufträge. Die französische und die deutsche Gruppe bilden eine gemeinschaftliche Arbeitskommission, die am 2. Oktober in Paris zusammentreten soll, um die Vorbereitungen für die Aufstellung eines Lieferungs- und Bauprogramms für das Frühjahr 1923 zu treffen. Die Kohlenklausel des Stinnes-Vertrags soll auch auf dieses Abkommen Anwendung finden. Von der an diesem Vertrag beteiligten französischen Gruppe wird ferner mitgeteilt, daß das französische Wiederaufbauministerium sich grundsätzlich mit der Verwendung von 50 Proz. ausländischer Arbeiter, darunter auch deutsche Arbeiter einverstanden erklärt habe.

⊡ **Berlin**, 21. Sept. (Von uns. Berliner Büro.) Ueber die Verwendung und eventl. Entsendung der durch das neue Wiederaufbauabkommen deutscher und französischer Bauunternehmergruppen in Frage kommenden deutschen Arbeiter sind die Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereits aufgenommen. Es soll sich dabei um etwa 40 000 deutsche Arbeiter handeln. Für den 22. September ist, wie der Lokalanzeiger hört, eine Zusammenkunft zwischen französischen und deutschen Gewerkschaftsvertretern in Köln angekündigt, auf der die Beteiligung der deutschen Arbeitskraft zur Beratung steht. Der „Vorwärts" begrüßt das neue Abkommen als ein Konkurrenzunternehmen, durch das Stinnes das Monopol der Wiederaufbauverträge mit Frankreich entzogen wird und findet es aus diesem Grunde nicht unsympathisch. Das Blatt vermißt aber die Möglichkeit einer Kontrolle der Preise durch die Arbeiterschaft und stellt diese Forderung als Voraussetzung für die Entsendung der Arbeiter nach Frankreich.

München, 21. Sept. (Priv.-Tel.) Nach einer Meldung der B. A. aus München fand im Bayr. Handelsministerium eine Besprechung zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und Hugo Stinnes statt. Es handelt sich dabei um Holzlieferungen zur Ausführung des Sachlieferungsvertrags Stinnes-Lubersac.

Reparation und Völkerbund.

Die Entschließung de Jouvenels.

WB. Genf, 20. Sept. Der Resolutionsentwurf über die Reparationsfrage, den der französische Delegierte, Senator de Jouvenel, morgen im 3. Ausschuß der Völkerbundsversammlung (Abrüstung) einbringen wird, hat folgenden Wortlaut: „In Anbetracht der Tatsache, daß die materielle Abrüstung vorher die moralische Abrüstung erfordert, und da diese nur in der Atmosphäre der Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens verwirklicht werden kann, stellt die Völkerbundsversammlung fest, daß dieses Vertrauen unmöglich ist, solange die Valutakrise, das wirtschaftliche Chaos und die Arbeitslosigkeit, an denen die Welt leidet, andauern werden, und daß diese Schäden nur geheilt werden können durch die Beendigung der Unsicherheit, die über die Mittel besteht, mit denen die verwüsteten Gebiete wiederhergestellt werden können, sowie über die Regelung der interalliierten Schulden. Die Versammlung spricht den Wunsch aus, daß in dem Maße, in dem diese Fragen unter allgemeiner Mitwirkung der europäischen Nationen geregelt werden können, die Signatarregierungen der Verträge und internationalen Abkommen, deren Gegenstand diese Fragen sind, und in deren Rahmen sie ins Auge gefaßt werden müssen, so schnell wie möglich zu einer Gesamtlösung des Reparationsproblems und der interalliierten Schulden gelangen. Sie spricht weiter den Wunsch aus, daß der Völkerbundsrat allen Bemühungen, die in diesem Sinne von den interessierten Regierungen gemacht werden, ständige Aufmerksamkeit schenkt, wobei vorausgesetzt wird, daß der Rat bei der Lösung dieser Probleme nicht nützlich mitwirken kann, falls die Regierungen ihn nicht dazu auffordern.

Zur Aktivierung des Völkerbundes.

:—: **Genf**, 21. Septbr. Die beiden Anträge auf politisches Eingreifen des Völkerbundes, die vorgestern von Lord Cecil und Nansen gestellt worden sind, dürfen keineswegs isoliert betrachtet werden. Sie stellen ein zusammengehörendes Ganzes dar und sind bestimmt, die Aktion einzuleiten, die aus dem Völkerbund ein tatsächlich wirksames internationales Organ machen wollen. Die bisher schleichende Krise im Völkerbund ist dadurch in ein akutes Stadium getreten. Die Delegierten von Australien, Neuseeland und Kanada haben von ihren Regierungen Weisung erhalten, unbedingt auf der Intervention des Völkerbundes in Kleinasien zu bestehen.

Die Not der Zeitungen.

Das Verbot der „Kölnischen Zeitung".

Berlin, 19. Sept. Der Abgeordnete Professor Dr. Moldenhauer (Deutsche Vp.) hat, wie die Nationalliberale Korrespondenz mitteilt, an die Reichsregierung aus Anlaß des Vorgehens der Interalliierten Rheinlandkommission gegen die Kölnische Zeitung folgende Anfrage gerichtet:

Die Kölnische Zeitung ist von der Interalliierten Rheinlandkommission für vier Tage verboten worden. Das Verbot stützt sich insbesondere darauf, daß in einem Artikel heftige Schmähungen gegen den Versailler Vertrag enthalten seien. Die Kölnische Zeitung hat bisher in scharfer, aber durchaus sachlicher, jede Beleidigung einer fremden Nation vermeidender Weise auch den Vertrag von Versailles einer Kritik unterzogen. Von einer Schmähung kann deshalb keine Rede sein. Für den Wiederholungsfall sind noch schärfere Sanktionen angedroht worden. Nach dem Rheinlandabkommen und der Verordnung vom 10. Januar 1920 ist die Freiheit der Presse im besetzten Gebiet grundsätzlich aufrechterhalten und nur insoweit eingeschränkt, als Preßäußerungen verboten sind, welche die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gefährden oder die Sicherheit oder das Ansehen der Rheinlandkommission oder der Besetzungstruppen zu beeinträchtigen geeignet sind. Eine sachliche Kritik des Versailler Vertrags gefährdet weder die Ordnung noch die Sicherheit der Truppen. Ein Verbot dieser Kritik geht deshalb über das Rheinlandabkommen hinaus und beseitigt die Freiheit der Presse, da eine Stellungnahme zu den außenpolitischen Fragen ohne Kritik des Versailler Vertrags, an dessen Durchführungsmöglichkeit selbst in Frankreich niemand mehr ernstlich glaubt, unmöglich ist. Ich bitte die Reichsregierung um Auskunft darüber, welche Maßnahmen sie gegen diesen neuen Uebergriff der Rheinlandkommission ergriffen hat.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft.

:—: **Berlin**, 20. Sept. Der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse trat Ende der vorigen Woche zum ersten Male zusammen. Er beschäftigte sich mit der Notlage der Presse, sowie mit den Mißständen, die sich bei der Handhabung des Gesetzes zum Schutze der Republik ergeben. Kommissionen wurden zur Ausarbeitung von Vorschlägen für einen Normaldienstvertrag, für eine Stellenvermittlung und für die Alters- und Krankenversicherung der Redakteure eingesetzt. Bei der Besprechung der wirtschaftlichen Lage der Redakteure stellte sich die Reichsarbeitsgemeinschaft auf den Standpunkt, daß grundsätzlich die tarifliche Bezahlung der Redakteure standeswürdig sein und die Aufwendungen zur Erfüllung der Berufsaufgaben berücksichtigen müsse. Die Bezahlung dürfte in keinem Falle geringer sein, als die anderer Berufsgruppen im Zeitungsgewerbe.

*

dd. **Radolfzell**, 20. Sept. Die dem Hugglekonzern in Südwürttemberg und Baden angehörenden Blätter sind laut „Konstanzer Nachr." durch die Teuerung auf allen Gebieten des Zeitungswesens gezwungen, Einschränkungen vorzunehmen. Aus diesen Gründen wird Chefredakteur A. Becker, der während der letzten fünf Jahre am „Memminger Volksbl.", am „Allgäuer Volksfreund" in Leutkirch und zuletzt an der „Freien Stimme" in Radolfzell tätig war, die Redaktion dieses Blattes niederlegen und in die Dienste der Industrie übertreten.

Saargebiet.

Eine neue Gewalttat.

(?) **Saarbrücken**, 20. September. Ihren unverständlichen Gewalttaten setzt die Regierungskommission des Saargebietes, an deren Spitze der Franzose Rault steht, damit die Krone auf, daß sie plötzlich und ohne Angabe von Gründen beide Redakteure der sozialdemokratischen „Volksstimme" in Saarbrücken die Aufenthaltsgenehmigung entzogen hat. Sie müssen das Saargebiet binnen 24 Stunden, das heißt, ohne vorher ihre persönlichen Angelegenheiten ordnen zu können, verlassen. Dieser brutale Gewaltakt ist offenbar die Rache der Regierungskommission für die schwere Niederlage, die sie in den vergangenen Monaten und zuletzt vor dem Völkerbund erlitten hat. Mit brutaler Gewalt macht sie plötzlich eine Zeitung mundtot ohne zu überlegen, daß sie mit diesem Mittel eines autokratischen Regimes nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreicht. Das deutsche Saargebiet läßt sich nicht französisieren, am wenigsten auf dem Wege der Gewalt.

(?) **Saarbrücken**, 20. September. Der kommandierende General der französischen Truppen im Saargebiet, Brissaud de Maillet, ist zum Divisionsgeneral ernannt worden. Er hat das Kommando über die im Saargebiet entgegen den Bestimmungen des Friedensvertrages befindlichen Truppen bereits seit mehreren Jahren.

Deutsches Reich.

Deutschlands bedrängte Ernährungslage.

⊡ **Berlin**, 21. Sept. (Von uns. Berliner Büro.) Der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft, Exzellenz v. Braun, schilderte gestern vor einem geladenen Kreise die bedrängte Ernährungslage Deutschlands. Wir werden voraussichtlich mit den Vorräten an Brotgetreide nicht im entferntesten auskommen, da die diesjährige Ernte sehr schlecht ausfallen dürfte. Der zweite Heuschnitt, der jetzt vorgenommen wird, verfault völlig. Die Folge ist eine schlechtere Fütterung des Viehes oder Ankauf teurer Futtermittel, und als Folge davon Milchnot und neue Steigerung der Fleischpreise.

Besser sei die Aussicht auf eine günstige Kartoffelernte. Aber schon mache sich wieder das Aufkäuferunwesen auf dem Lande bemerkbar. Auch die Zuckerernte verspreche aussichtsreich zu werden.

Beklagenswert sei der Zustand auf dem Obstmarkt. Trotz einer märchenhaften Ernte ist Obst in genügenden Mengen nicht zu kaufen, weil die Obstplantagenbesitzer unter Hinweis auf die hohen Transportkosten ihre Erträgnisse entweder nicht absenden wollen oder nicht können. Die schlimmsten Befürchtungen hege man in der Landwirtschaft für das kommende Jahr. Der Vortragende wandte sich zum Schluß gegen die Getreideumlage und betonte, daß die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, die mit dem Hilfswerk der deutschen Landwirtschaft in die Wege geleitet sei, keine eigene Angelegenheit der Landwirtschaft mehr darstelle, sondern eine solche des gesamten deutschen Volkes.

:—: **Berlin**, 21. Sept. In einer Vollsitzung nahm gestern der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft zur Wirtschafts- und Ernährungslage und zu den Forderungen der Gewerkschaften Stellung. Der Reichsausschuß bezeichnete die Lage der deutschen Landwirtschaft als äußerst ernst und zwar infolge des Versailler Vertrags, des Mangels an Rohstoffen, der Entwertung der Mark und der Verminderung der Arbeitsleistung, welche Umstände zu einer Verminderung der Produktionskraft geführt hätten. Wir hätten zudem eine Mißernte in Getreide und Futtermitteln, die eine Durchhaltung der Viehbestände und die Weiterführung der Wirtschaft stark gefährden. Das Gesetz über die Getreideumlage sei daher in der jetzigen Form undurchführbar und der Ausschuß fordere die Bewilligung eines ausreichenden, die neue Produktion sichernden Preises für das Umlagegetreide und zwar mit dem jeweiligen Marktpreis als Ausgangspunkt. Im Gegensatz zu den Gewerkschaften lehnt der Ausschuß jede Zwangswirtschaft ab. Die Landwirtschaft werde nur in freier Wirtschaft den Brotbedarf des Volkes sichern können. Schließlich erhebt der Ausschuß noch eine Reihe von Forderungen, darunter den Verzicht auf alle Sozialisierungs- und Kommunalisierungsbestrebungen, rechtzeitige Versorgung der Landwirtschaft mit Rohstoffen und Betriebsmitteln, allgemeine Erhöhung der Arbeitsleistung, Bereitstellung ausreichender Kredite für die Beschaffung von Dünge- und Futtermitteln.

Aus der Deutschen Volkspartei.

⊡ **Berlin**, 21. September. (Von unserm Berliner Büro.) Am Dienstag fand, wie die „Zeit" mitteilt, in Berlin eine aus allen Teilen des Reichs besuchte Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses der deutschen Volkspartei statt. Der Ausschuß befaßte sich neben geschäftlichen Dingen mit den Vorbereitungen zu der am nächsten Sonntag in Breslau stattfindenden Sitzung des Zentralvorstandes der Partei. Dabei wurde im Anschluß an einen Bericht des Abgeordneten Dr. Stresemann die gegenwärtige politische Lage in eingehender Aussprache erörtert. Es wurde eine völlige Uebereinstimmung erzielt. Des weiteren wurde ein Wahlvorschlag für die vom Zentralvorstand zu wählenden 5 Mitglieder für den Parteitag festgesetzt.

Baden.

Minister Remmele zur Zwangswirtschaft.

TU. **Adelsheim**, 20. Sept. In einer öffentlichen Versammlung sprach der Minister des Innern Remmele u. a. über seine Stellungnahme zur Zwangswirtschaft und betonte, daß eine freie Wirtschaft in anormalen Zuständen, wie sie bei uns herrschen, zum Ruin führen müsse. Für Zucker sei die Wiedereinführung der Zwangswirtschaft beschlossene Sache und für eine Reihe anderer Bedarfsartikel käme sie jedenfalls auch wieder. An den schlimmen Folgen der freien Wirtschaft sollte sich die Landbevölkerung ein Beispiel nehmen und zur Einsicht kommen, wie notwendig die Getreidezwangswirtschaft sei. Hätten wir sie nicht, so wären die Folgen einer riesigen Brotverteuerung verheerend gewesen und der Landwirt selbst hätte keinen Vorteil davon gehabt. Um den Brotpreis einigermaßen erträglich zu halten, müsse das Reich Zuschüsse leisten. Solange jeder Berufsstand sein persönliches Interesse den der Allgemeinheit voranstelle, sei an eine Besserung nicht zu denken. Im Hinblick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen betonte der Minister, daß es gerade in unserer jetzigen schweren Zeit im Interesse des allgemeinen Bürgerfriedens notwendig sei, daß alle Bevölkerungsschichten auf den Rathäusern, Bezirksämtern und in den Kreisversammlungen vertreten seien und daß der Wahlkampf sachlich geführt werden sollte.

Die deutsch-nationale Volkspartei und Reichstagsabgeordneter Dr. Düringer.

TU. **Karlsruhe**, 20. Sept. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses des Badischen Landesverbandes der deutschnationalen Volkspartei, Landtagsabgeordneter D. Mayer, hat, wie uns die Parteileitung mitteilt, einen zweiten Offenen Brief an Reichstagsabgeordneten Dr. Düringer gerichtet, der in seinen ersten Abschnitten sich mit den Auseinandersetzungen Dr. Düringers mit den deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Hergt und Westarp und mit der Frage der Vereinigung der beiden Rechtsparteien zu einer großen Rechten beschäftigt. Dann geht der Offene Brief nochmals auf die Vorgänge in der Vorstandssitzung und in der Landesausschußsitzung der deutschnationalen Volkspartei ein. Abg. D. Mayer schreibt hierzu:

Ein Widerspruch zwischen der Auffassung des Gesamtvorstandes und der des Landesausschusses ist nicht vorhanden. Ein Widerspruch mit allem was Rechtens ist, besteht nur in der Geringschätzung mit der Eure Exzellenz glauben, sich über den Landesausschuß und seine Entscheidung hinwegsetzen zu können. Wer vertritt denn, wenn nicht gerade Wahltag oder Parteitag ist, eine Partei und ihre Wähler, wenn nicht der Landesausschuß der Partei? Wenn der Fall Düringer in den Kreisen unserer Partei einige Unsicherheit hervorgerufen hat, so bezog sich diese vielmehr darauf, ob Vorstand und Ausschuß der Partei, unbestochen durch persönliche Empfindungen, die gebotene Festigkeit in der Erledigung des Falles bestätigen werden. Ich habe den Versuch einer Vermittlung gemacht; er ist mißlungen. Und wenn ich mir die schroff ablehnende Haltung vergegenwärtige, die Sie am 31. Juli auch Ihren, Ihnen bis zur letzten Stunde loyal gegenüberstehenden Parteifreunden einnahmen, so sage ich mir jetzt, daß der Versuch mißlingen mußte. Ich habe eine Meinungsäußerung der Süddeutschen Arbeitsgemeinschaft, die sich mit aller sachlichen Entschiedenheit gegen die Haltung von Eurer Exzellenz aussprach, bei mir behalten und nicht benützt. Ich habe vier Wochen gewartet, bis ich den Landesausschuß zusammen treten ließ. Ich habe alle, lauten und leisen Vorbehalte, die mir aus der Mitte des Landesverbandes wegen meines zögernden Verfahrens gemacht wurden, schweigend ertragen, weil ich Ruhe und Klärung im Landesverband eintreten lassen wollte. Ich gestehe, ich hoffte immer wieder, Eure Exzellenz würden vielleicht doch zur Beilegung des Konfliktes bereitsein, zumal in der erwähnten Vorstandssitzung diese Erwartung bestimmt ausgesprochen und genügend begründet worden, andererseits aber auch zum Ausdruck gekommen war, daß Unterschiede in der sachlichen Beurteilung dieser oder jener Erscheinung (freilich nicht Gegensätze) zu ertragen seien und ertragen werden sollen. Eure Exzellenz haben in jener Sitzung u. a. einer gewissen Form des Antisemitismus nur aufs schärfste widersprochen. Hat man Ihnen das vorgedacht? Haben Sie nicht Zustimmung gefunden? Was haben Eure Exzellenz sonst noch in jener Sitzung vorgebracht? Zu einem Teil haben Sie darüber geklagt, daß Sie im Reichstag von der Partei nicht genügend in den Vordergrund gestellt würden, zu einem anderen haben Sie die Partei mit allerlei Gerüchten belastet. Das eine wie das andere erschien und erscheint gegenstandslos. Ueberhaupt kann ich feststellen, daß die Entschließung des Landesparteiausschusses der Meinung und dem Willen der Landespartei entspricht. Wenn es nötig wäre, könnte der Beweis schriftlich gegeben werden. Nicht die Partei hat Eure Exzellenz ausgeschlossen, sondern sie hat nur die Folgen aus Ihrem Verhalten gezogen, die die Partei ziehen mußte, wenn sie etwas auf sich hielt.

Am Schlusse seines Briefes betont Abg. D. Mayer, daß die Partei und die Wähler Dr. Düringers bei der Meinung bleiben, daß das Reichstagsmandat hinfällig ist. Die Wähler haben ihre Meinung, daß dies Mandat jetzt unrecht Gut geworden ist.

MARCHIVUM

Zivildienstrecht der Inhaber eines Versorgungsscheines.

Der Bund Deutscher Militäranwärter, Zweigverein Mannheim, schreibt uns: Am 1. September treten die neuen „Anstellungsgrundsätze für die Inhaber eines Versorgungsscheines in Kraft. Nach deren Bestimmungen sind in Zukunft die Inhaber eines Zivilversorgungsscheines aus dem alten Heere einschl. Marine, Gendarmerie und Schutzmannschaft, des Zivildienstscheines aus dem 100 000 Mann-Heer und der 15 000 Mann-Marine, des Beamtenscheines der Schwerbeschädigten und des Polizeiversorgungsscheines von den Behörden als Beamtenanwärter zu übernehmen. Leider sind viele von den beteiligten Kreisen geäußerten Wünsche nicht in Erfüllung gegangen. Immerhin bringen sie Ordnung, Klarheit und auch stoffliche Verbesserungen. Die Hauptsache ist aber, und wird immer sein, der Geist und Wille, in dem die Ausführung geschieht.

Die bedeutsamen Neuerungen sind folgende: Die Anstellungsgrundsätze für den Reichs- und Staatsdienst einerseits und für den Kommunal- usw. Dienst anderseits sind jetzt die gleichen. Die Erteilung eines Versorgungsscheines beschränkt sich nicht mehr auf die Kapitulanten und die aus ihnen hervorgegangenen Polizei- und Landjägereibeamten allein, sondern sie erstreckt sich auch auf Nichtkapitulanten, sofern sie schwerbeschädigt und außer Stande sind, einen anderen Zivilberuf auszuüben. Auch haben die Langgedienten keinerlei Vorzug bei der Vormerkung und Einberufung in eine Beamtenstelle. Es entscheidet vielmehr die Reihenfolge der Anmeldung. Die Schwerbeschädigten genießen gewisse Vorzüge. Den Versorgungsanwärtern sind die Stellen der Gruppen I bis III mit einfacheren Dienstverrichtungen gänzlich, die Stellen für die Besorgung des Schreibdienstes zu drei Viertel, die Eingangsstellen der Gruppen I bis VII im übrigen zur Hälfte, bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu ein Drittel, vorbehalten. Die Zahlen sind Mindestsätze. Die Stellen mit technischen Anforderungen sind nunmehr in die teilig vorbehaltenen einbezogen. Die Stellen im staatlichen und kommunalen Polizeidienst und in der Landjägerei sind den aus der Schutzpolizei hervorgegangenen Anwärtern gänzlich vorbehalten. Gleiches gilt für die aus der Wehrmacht hervorgegangenen Anwärter hinsichtlich der Stellen im Dienste der Wehrmacht. Bei Verletzung der Anstellungsgrundsätze ist es bei dem bisherigen Beschwerderecht verblieben, auch ist es nicht gelungen, eine Aufsichtsbehörde zu schaffen, die Angebot und Nachfrage regelt, schlichtet und schöpferisch wirkt.

Eine bedeutende Neuerung ist auch die, daß planmäßig angestellte Versorgungsanwärter, die zur Zeit der Anstellung auch für Stellen einer höheren Besoldungsgruppe vorgemerkt sind oder waren, auf Antrag noch zwei Jahre nach Inkrafttreten der Grundsätze in den Bewerberlisten belassen werden. Die seiner Zeit bei der planmäßigen Anstellung beispielsweise als Schaffner in der Anwärterliste für Eisenbahnassistenten gestrichenen Anwärter können somit erneut ihre Wiederaufnahme in die Liste beantragen.

Die verschiedenartigsten Belange laufen hier zusammen. Die Dienste der Wehrmacht zu Lande und zu Wasser und der Schutzpolizei sind wesentlich von der Art der Handhabung der Bestimmungen, auch von dem Geiste und dem Verständnis des Deutschen Volkes abhängen, in dem diese Maßnahmen abgefaßt werden. ♂

Wirtschaftliche Fragen.

Deutscher Städtetag.

München, 19. Sept. Der engere Vorstand des Deutschen Städtetages hielt in München unter dem Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters Böß eine Sitzung ab. Dabei wurden die Fragen der Kohlenversorgung und der Ernährung behandelt. Unter anderem wird gefordert, daß zum Zwecke einer dem notwendigen Bedarf entsprechenden Eindeckung für den Winter den Städten auf das schleunigste die nötigen Vorräte an Kohlen zugewiesen werden und zugleich die rechtzeitige Zuführung durch die Eisenbahn sicher gestellt wird. Der Deutsche Städtetag erklärt es für dringend notwendig, daß alles getan wird, um einer weiteren Abschneidung des deutschen Erzeugergebietes in Oberschlesien entgegengetreten und daß die durch die vorläufige Grenzfestsetzung betroffenen strittigen Kohlengruben der deutschen Wirtschaft erhalten bleiben. Der Deutsche Städtetag rechnet aber auch darauf, daß der deutsche Bergbau die Nöte der städtischen Bevölkerung würdigt und zu ihrer Unterstützung im kommenden Winter das Ueberschichtenabkommen in vollem Umfange durchführt. Auf dem Gebiete der Ernährung soll mit der Reichsregierung schleunigst in Verhandlungen getreten werden, über Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung der Armen und in öffentlicher Fürsorge stehenden Minderbemittelten. Gleichzeitig hält der Vorstand die Vereinheitlichung des Unterstützungswesens auf den verschiedenen Gebieten für notwendig und beauftragt mit der weiteren Ausarbeitung seiner Vorschläge seinen Wohlfahrtsausschuß. Ferner nahm der Vorstand des Deutschen Städtetages Stellung zu der Finanzlage der Städte.

Städtische Nachrichten.

Der Jahrestag der Oppauer Explosionskatastrophe.

Der Tag der Oppauer Explosionskatastrophe jährt sich am heutigen 21. September zum erstenmal. Durch die noch nicht in ihrer Ursache aufgeklärte Explosion im Oppauer Werk der Badischen Anilin- und Sodafabrik wurde der Ort Oppau, der schon in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts durch eine Hochwasserkatastrophe des Rheins infolge Dammbruches schwer gelitten hat, am schwersten heimgesucht. Von 1 110 Wohn- und 2700 Nebengebäuden, die Oppau zur Zeit der Explosionskatastrophe zählte, wurden 312 Hauptgebäude und 366 Nebengebäude vollständig zerstört. 273 Wohn- und 349 Nebengebäude wurden schwer und 361 Haupt- und 286 Nebengebäude leicht beschädigt. Nach dem Stand der Baupreise im November 1921 wurde der Gesamtgebäudeschaden auf pfälzischem, badischem und hessischem Gebiet auf rund 263 Millionen Mark geschätzt. Dazu kommen noch die Mobiliar-Schäden, da in Oppau der Hausrat von 150 Haushaltungen vollständig vernichtet und ebensoviel Haushaltungen schwer beschädigt wurden. Die auf landwirtschaftlichen Grundstücken und auf den Rheinschiffen angerichteten Schäden wurden im November 1921 auf je 3 Millionen Mark geschätzt. Die Zahl der Toten betrug etwa 600. 200 Werksangehörige sind durch Verletzungen erwerbsunfähig oder erwerbsbeschränkt geworden.

Trotz der großen Schwierigkeiten, die sich dem bayerischen Staatskommissariat bei den Wiederherstellungsarbeiten, der Baustoffnot, des Mangels an gelernten Facharbeitern, infolge der Art der Arbeit und der Hast des Betriebes entgegenstellten, ist in dem Jahr, das seit der Katastrophe vergangen ist, außerordentliches beim Wiederaufbau Oppaus geleistet worden. Der Wiederaufbau erfolgt nach einem einheitlich aufgestellten Städteplan, unter Leitung des Architekten beim Staatskommissariat Oppau. Die Straßen sind zum größten Teil verbreitert. So wird z. B. anstelle der zerstörten Austraße jetzt eine neuzeitlich angelegte breite Ringstraße als erster Teil eines Straßengürtels an der Peripherie Oppaus angelegt, auf der später eine Schnellbahn Ludwigshafen—Oppau—Frankenthal angelegt werden wird. Oppau wird als moderne Gartenstadt neu aufstehen. Die Neubauten sind nach mustergültigen Entwürfen erster Architekten aufgeführt und genügen allen baulichen und gesundheitlichen Anforderungen.

Die Leistungen beim Wiederaufbau Oppaus ergeben sich zahlenmäßig aus folgenden Angaben: Bis Ende Dezember 1921 waren über 600 Wohnungen und 700 Nebengebäude wiederhergestellt. An Neubauten sind bis heute 400 Hauptgebäude und 450 Nebengebäude (Scheunen und Stallungen) im Rohbau fertig und können bezogen werden. An weiteren Neubauten werden noch zu erstellen sein ungefähr 50 Hauptgebäude mit ungefähr 100 Nebengebäuden. Besonders zu erbauen sind noch die beiden Kirchen mit den Pfarrhäusern und das Volksschulhaus, zu dem der Wettbewerb um geeignete Pläne bereits ausgeschrieben ist.

Der rasche Wiederaufbau Oppaus ist zu verdanken der Unterstützung des gesamten deutschen Volkes und der freiwilligen und großen Zuschüsse der Badischen Anilin- und Sodafabrik sowie der rastlosen und erfolgreichen Tätigkeit des bayerischen Staatskommissariats für den Wiederaufbau Oppaus unter Leitung des Staatskommissars Ministerialrates Stühel. Durch das Zusammenarbeiten aller Kräfte konnte das Werk geschaffen werden. So ist der Wiederaufbau Oppaus ein Vorbild im Kleinen für den Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes.

Zum ehrenden Andenken der Todesopfer der Explosionskatastrophe veranstaltet der Ortsausschuß Ludwigshafen des A. D. G. B. am heutigen Jahrestag eine Trauerfeier, bei der auf dem Ehrenfriedhof der Todesopfer Kränze niedergelegt werden.

Sicherstellung der Kartoffelversorgung.

Die Reichszentrale für Heimatdienst (Abt. Baden) schreibt uns: Die Kartoffelnot des vergangenen Winters ist für Erzeuger und Verbraucher eine Lehre gewesen und so haben diesmal alle beteiligten Kreise Vorsorge getroffen, um die zu erwartenden Schwierigkeiten zu vermeiden. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, der kaufmännisch nicht organisierte Großgrundbesitz und die Verbrauchergenossenschaften, Kommunalverbände und Händler haben nach mehrfachen Besprechungen im Reichsernährungsministerium auf breitester Grundlage unter Vermeidung der Fehler des vergangenen Jahres sich zum Abschluß freiwilliger Lieferungsverträge bereit erklärt. Zwei Drittel der Kartoffeln sollen bis 15. November, der Rest im Frühjahr 1923 geliefert werden und ein Schiedsgericht soll die Ausführung überwachen. Damit erscheint zunächst, in Anbetracht des zu erwartenden günstigen Ernteausfalls, der Menge nach die Kartoffelversorgung sichergestellt. Es ist nur zu hoffen, daß auch die Eisenbahn die Transportschwierigkeiten zu überwinden versteht. Die Bereitwilligkeit dazu hat die Eisenbahnverwaltung neuerdings dadurch bewiesen, daß sie vom 1. September 1922 bis 15. Mai 1923 einen Ausnahmetarif für frische Kartoffeln bei Aufgabe als Frachtstückgut eingeführt hat.

Der Preis für die Kartoffeln wird für die verschiedenen Erzeugerbezirke von den jeweils zuständigen Notierungskommissionen notiert werden, so daß also nicht ein einheitlicher Preis für das ganze Reich maßgebend ist. Unter Mitwirkung der Ministerien für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft, der Oberpräsidenten, der Handels- und Landwirtschaftskammern werden derartige Kommissionen in den wichtigsten Marktorten zu je einem Drittel aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher eingesetzt. Dadurch sollen die Verbraucher Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, daß die Preisermittlung in geordneter Weise vor sich geht. Um nicht durch Uebereifer örtlicher Organe wieder Unheil stiften zu lassen, will der Justizminister die Strafverfolgungsbehörden mit der Anweisung versehen, bei einer normalen Marktlage für Kartoffeln bei Einhaltung der amtlich notierten Marktpreise von einem Einschreiten wegen Preistreiberei abzusehen. Bei Eintritt einer Notlage wird es einstweilen den Strafverfolgungsbehörden überlassen bleiben, nach eigenem Ermessen unter Anhörung von Sachverständigen einzuschreiten, bis besondere Anordnungen ergehen.

Nachdem so in großen Zügen die Vorarbeiten geleistet sind und, insbesondere zwischen Konsumgenossenschaften und landwirtschaftlichen Genossenschaften Verträge bereits getätigt wurden, ist es nun dringend wünschenswert, daß baldigst in weitestem Umfange alle beteiligten Organisationen und der Großgrundbesitz, vor allem aber auch die Kleinhandelsorganisationen, weitere Kaufverträge schließen, damit der planlose Aufkauf im Herbst und die dadurch bedingte Preissteigerung vermieden wird. Diese Vorsorge gegen Schieberei und Wucherei erscheint umso geboten er, als man augenblicklich mit einem verhältnismäßig niedrigen Kartoffelpreis rechnen kann.

Zur Verteuerung der Rauchfabrikate.

Unsere Leser, soweit solche Raucher sind, werden in den letzten Wochen die Wahrnehmung gemacht haben, daß Tabakfabrikate im Preise wesentlich teurer geworden sind. Erkundigungen nach dieser Seite haben zu folgender Feststellung geführt: Die fortschreitende Geldentwertung und der jeweils wöchentlich durch das Reichsfinanzministerium festgelegte Goldaufschlag, der sich stets nach dem Stande des Dollars richtet, ermöglicht keinem Fabrikanten die Herstellung einer Zigarre von normaler Durchschnittsgröße unter 20 ₰. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die für angeführten Preis billigste Zigarre zu fast 80% ausländisches Material enthält und dieser Rohtabak in den enorm hochwertigen Auslandsgeldern bezahlt werden muß. Der Stand des holländischen Gulden, der im Frieden einen Wert von 1.70 ₰ hatte, war in den letzten 4 Wochen durchschnittlich 600 ₰. Bei der Berechnung einer Zigarre ist der bestehende Goldaufschlag von großer Bedeutung. Für die Woche vom 13.—19. September 1922 beträgt das Goldzollaufgeld 33 900 vom Hundert, somit sind für einen Zollbetrag von 100 ₰ während dieser Zeit 34 000 ₰ zu entrichten, oder für ein Pfund Tabak 102 ₰, das vor dem Kriege 42,5 Pfg. kostete. Eine weitere Verteuerung bilden die Furniere und Verpackungen, auf welchen zum Teil bis 7000% Teuerungszuschlag liegen und nicht zuletzt auch die ungeheuren Spesen für Frachten, Verpackungsmaterialien und Versicherung der Sendungen.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Tabakarbeiter eine Teuerungszulage ab 21. August d. J. von 170% auf die Juni-Löhne erhalten haben und trotz dieser Zulage das Einkommen der Leute in keinem Verhältnis steht zur heutigen Lebenshaltung. Dieselben Schwierigkeiten bestehen bei Zigaretten- und Rauchtabakfabrikation.

Der Konsument wird sich damit abfinden müssen, daß in nächster Zeit, sobald die kleinen Vorräte der Händler geräumt sind, die billigste Zigarre 20 ₰ per Stück, eine Zigarillos zirka 15 ₰, Zigaretten unter 7 ₰ per Stück überhaupt nicht mehr zu haben sind. Das Päckchen Rauchtabak mit 50 Gramm wird dann zirka 50—70 ₰ kosten. Zigarettentabake aus ausländischem Material dürften sich mit 50 Gramm Inhalt auf zirka 150 ₰ stellen. Wenn es nun heute noch Zigarrenhändler gibt, die Zigarren bis 15 ₰ im Kleinverkauf abgeben, so handelt es sich hier nur um alte Bestände. Der Händler ist nicht mehr in der Lage, für verkaufte alte Ware auch nur annähernd ½—¼ neue Ware zu beschaffen. Es sind somit für den Zigarrenspezialisten sehr trübe Aussichten vorhanden, da die wenigsten sich in dem glücklichen Besitze eines Kapitals befinden, um das Lager einigermaßen ergänzen zu können.

Oben erwähnte Preise sind alle festgelegt auf dem alten Zollsatz. Nun ging dieser Tage durch die gesamte Presse eine Notiz über Einfuhrsperre von ausländischem Rohtabak. Mit dieser Frage beschäftigt sich eingehend die Industrie. Zahlreiche Proteste von zuständigen Seiten ergingen an die Regierung nach Berlin, und zum Erstaunen hörte man, daß in der Hauptsache weiter nichts als eine Zollerhöhung in der Weise gedacht ist, daß der Rohtabak mit dem doppelten Zoll belastet werden soll. Würde diese Maßnahme zur Tatsache, so käme auf die eingangs erwähnte billigste Zigarre von zirka 20 ₰ nochmals ein Zoll von ungefähr 4 ₰. Fabrikanten wie Händler würden darin eine Erdrosselung des Tabakgewerbes erblicken und haben Abwehrmaßregeln ergriffen, um diese Gefahr zu beseitigen, da die heutige Zoll- und Banderolbelastung (letztere 40% vom Kleinverkauf gerechnet) ohnedies sehr hoch zu nennen ist. Die gegenwärtige Preisstellung ist einzig und allein auf die zurzeit herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen und sind Vorwürfe, die der Konsument den Kleinhändler gegenüber macht, vollständig unbegründet. ♂

Putzt Messer nur mit MIZI

National-Theater Mannheim.

Die Entführung aus dem Serail.

Die Bedingtheit, die Beschwingtheit und die Gepflegtheit sind neue Wankelworte die Ergebnisse. Aber allmählich sehnen sich die Menschen nach neuen Gottheiten, Hingegebenheit an das Schwankende und nach dem wahren Goethe, nach dem echten Mozart! Sich jeder Richtung, die gewisse Führer anprahlen, schwiegsam anzupassen, wird am Ende eine verdrießliche Sache. Die neue E-Reihe der „Meister" wie die neuen Schichten der Freien Volksbühne und des Bühnenvolksbundes brachten, vielleicht noch nicht bis zu den neuen „biologisch-sensualistischen" Forderungen vorgedrungen, frische Empfänglichkeit mit, und so fehlte es nicht an ehrlichem, warmem Beifall. Was aber die Hauptsache ist: Mozart hat gesiegt! „Neueinstudiert und neuinszeniert" lautete die Ankündigung. In Wahrheit war es mehr, nämlich: Umgruppierung, Umlernung und moderne Inszenierung. Von der Inszenierung zunächst, die Herr Eugen Gebrath in gutem Sinne modernisiert hatte. Wiederum waren in Stellungen, Gebärden und sprachlicher Durcharbeitung manche Feinheiten zu erkennen. Auch daß die empfindsame Konstanze zu der temperamentvolleren Blonde in deutlichen Kontrast gebracht war, daß Pedrillo und Osmin neues Bühnenleben gewannen, daß alles dies aus der Musik entwickelt war, gedieh uns zur rechten Freude. Aber die neuen Bühnenbilder! Die Maler mögen sagen, wir verstünden nichts davon, wenn wir Heinz Gretes Farben-Symphonie nicht loben. Wir wollen auch nicht den alten Streit befestigen, aber wie diese Bühnenbilder zu Mozarts Musik harmonieren sollen, bleibt uns ein Rätsel. Vielleicht malt sich unsere Phantasie ein Gegenbild: Mozart nach der jetzigen Mode gekleidet . . .

Nun die Umlernung. Eine schwere Sache, nicht allein eine Partie im ganzen, sondern auch bis in die kleinen Einzelheiten neu zu studieren! Wobei die Besorgnis, am Abende doch wieder in das „alte" Geleise zu geraten, mit in Rechnung zu stellen wäre. Nun aber die Hauptschwierigkeit: dies alles nach dem Willen eines Einzelnen, nach fremder Meinung umzuändern. Wieviel hier Frau Irene Eden und Herr Max Lipmann an rechtem Stil gewonnen hatten, etwas Unfreies blieb. Am besten fanden sich die Herren Mang und Massalsky zurecht, der Bassist mit lobenswerter Glättung der Gesangsweise, der Tenor mit dem Vortrage seiner Arie besondere Fortschritte bekundend. Eine besondere Steigerung nahm Fräulein Gusa Heiken ein. Sie hatte ihre Partie wohl neu gelernt, konnte ihre schönen Stimmmittel, ihre saubere Gesangsweise und ihr frisches Bühnentalent nach allen Richtungen zeigen und sah (nebenbei!) recht vorteilhaft aus.

Daß Fräulein Heiken ihre Schmeichel-Arie gestern im Urtext singen mußte, klang so „orchestral" sehr gut; weil eben A-Dur die eigentliche Tonart für Streich-Instrumente ist, während G-Dur im Quartett leicht ein wenig fade wirkt. Indessen ist der allgemeine Brauch, dies Musikstück einen ganzen Ton tiefer zu nehmen, von solchem überwiegenden Vorteil für die Sängerin, daß wir den Mangel an hellem Orchesterklang gerade in dieser Ariette hinnehmen dürfen. Und hier ergibt sich noch eine andere Arienfrage: soll man nicht mit zwei Arien der Konstanze heutzutage auskommen? Die Arie „Ach, ich liebte", muß natürlich bleiben; man könnte sie mittels eines kleinen Melodrams zu Gunsten des Bassa Selim — den Herr Boissin vortrefflich hinstellt — sogleich an den Chorgesang und in derselben Tonhöhe (also in A) anschließen; man könnte auch die Koloratur vereinfachen. Im zweiten Akte hat man sich aber zu entscheiden: entweder für „Marter aller Arten" oder die rührende G-Moll Arie. Die Frau Eden sehr schön gesungen hat, die Mozart meinte, während er hernach für die „geläufige Gurgel" der Cavalieri die große „Aria concertante" schreiben mußte. Man kann nicht beide Arien in demselben Akte singen lassen, ohne die dramatische Wahrheit zu verdunkeln . . .

Endlich die Umgruppierung. Herr Erich Kleiber hatte den Hörnern, den Trompeten und den Pauken eine andere Aufstellung gegeben, indem diese Gruppen zu beiden Seiten Anschluß an die Kontrabässe gefunden hatten. So vollzog sich die Ausgleichung der Klangmasse und das „militaristische" Uebergewicht von Trompeten und Pauken — das Ueber-Forte — fehlte der ganzen Aufführung. Glanz ohne Härte, Kraft ohne Roheit war das Ergebnis. Die sorgfältige Ausführung der Orchesterpartitur und die sinnreiche Durcharbeitung des zweiten Finales gaben weitere Beweise dieser Durcharbeitung. Was aber die schönste Errungenschaft: wir hörten wieder alles in richtig-gewählten Ausdrucks-Formen. Der Janitscharen-Chor geriet gerade darum so vorzüglich, weil das „Allegro" nur als ein „mittleres" genommen wurde, Pedrillos Arie und der Anfang des genannten Quartett-Finales waren nach so vielen Mozart-Leiden ein wahres Labsal. Nur das Presto der Ouverture erschien als Ueberbleibsel der alten Hofpelmanier, aber dieser Schmerz war kurz. Wir freuten uns der Rückkehr zum deutschen Mozart-Stil, der für die „Entführung aus dem Serail" und für die „Zauberflöte" nun einmal zur richtigen Wirkung nötig ist; wir freuen uns der Wiederauferbauung alter Hoftheaterkunst, wir hoffen auf den Mozart-Zyklus des Herrn Kleiber.

A. Bl.

Smyrna.

Die kleinasiatische Stadt, die bei den Eroberungen durch die Türken zum größten Teil in Asche gelegt worden ist, reicht mit ihrer Geschichte tief in das Altertum zurück. Smyrna ist immer, solange es besteht, als Handelsstadt berühmt gewesen und es genoß diesen Ruf schon in der Zeit, als es sich mit sechs anderen griechischen Städten um den Ruhm stritt, die Geburtsstätte Homers zu sein. Es versteht sich von selbst, daß eine Stadt von so ehrwürdigem Alter eine außerordentlich wechselvolle Geschichte durchlebt hat. Es ist nicht das erste Mal, das Smyrna zerstört wurde. Es zählt sogar zu seiner Vergangenheit eine Periode von 400 Jahren, die vom 6. Jahrhundert vor Christi Geburt an gezählt werden muß, in der es nach einer Eroberung durch die Lydier wüst da lag. Trotzdem hat Smyrna es immer wieder verstanden, sich einen Platz im Handelsverkehr der Welt zu erobern, und es wird auch diesmal wieder die Schrecknisse des Krieges überwinden. Der schlimmste Feind der Stadt war die Gefahr der Versandung, die diesem Hafen drohte und die es ebenso zu einer Binnenstadt hätte machen können, wie es den Städten Milet und Ephesus tatsächlich gegangen ist. Diese Städte wurden von der See durch die Versandung von Flußmündungen abgeschnitten, und dem Golf von Smyrna hätte es leicht ebenso ergehen können, wenn es nicht gelungen wäre, den Fluß Gedis Chai, der im Altertum unter dem Namen Hermos bekannt war, in seinem unteren Lauf abzulenken. Daß der Hafen von Smyrna auf diese Weise gerettet wurde, ist in erster Linie das Werk ausländischer Kolonien gewesen, die im Interesse ihrer Handelsbeziehungen dafür gesorgt haben, daß der Hafen erhalten blieb.

Es ist immerhin charakteristisch, daß die türkische Regierung dabei nicht viel mitgeholfen hat. Sie hat überhaupt Smyrna vernachlässigt. Denn diese Stadt war stets in der Hauptsache eine Fremdenkolonie, die sich allmählich in den griechischen, amerikanischen, englischen und ausländischen Vierteln stattliche Häuser errichtet hatte, während das türkische Viertel daneben einen sehr kümmerlichen und kläglichen Eindruck machte. Bezeichnend ist auch, daß Smyrna nicht die Hauptstadt des westlichen Anatoliens ist, in dem es bei weitem den bedeutendsten Punkt bildet, sondern daß man dazu die Stadt Aidin ausersehen hat, nach der das Wilajet auch benannt worden ist. Aidin ist mit Smyrna durch eine Bahn verbunden, die im Besitz einer englischen Gesellschaft ist und stets eine sehr gute Rente abgeworfen hat. Sie bildet das Verbindungsglied zwischen der Hafenstadt und dem Hinterland, in dem die berühmten Teppiche und andere Ausfuhrartikel hergestellt werden. Der Wali zog es allerdings sehr häufig vor, das recht primitive Aidin mit Smyrna zu vertauschen und sich mit den ausländischen Kolonien auf guten Fuß zu stellen.

MARCHIVUM

TU. **Veränderungen im badischen Justizdienst.** Wie der Staatsanzeiger meldet, ist Landgerichtsrat Ernst Deimling in Mosbach zum Oberamtsrichter in Karlsruhe und Amtsrichter Hermann Bornschein in Karlsruhe zum Landgerichtsrat in Mosbach ernannt worden.

TU. **Kein Abrufen der Züge.** Ab 1. Oktober wird auf den Stationen Heidelberg, Offenburg und Freiburg das Abrufen der Züge in den Warteräumen und Bahnhofwirtschaften aufgehoben.

TU. **Frachtermäßigung für frisches Obst.** Die bekanntgegebene Frachtermäßigung für frisches Stein- und Kernobst ist insofern zu berichtigen, als die Frachtermäßigung auch bei Aufgabe als Frachtgut gewährt wird und bei Aufgabe als Stückgut nicht 50 v. H., sondern 40 v. H. beträgt. Die Mindestfracht bleibt unverändert.

ch. **Aenderung der Witterung.** Seit gestern abend ist eine auffallende Erwärmung der bisherigen Luftströmung festzustellen. Auch zeigte das Barometer heute früh nach langer Zeit wieder „Schön Wetter" an. Unsere Leser werden sich erinnern, daß man im vorigen Jahre dieselbe Wahrnehmung machen konnte. Während der 21. September v. Js. ein recht unfreundlicher, naßkalter und nebliger Tag war, heiterte sich das Wetter zusehends auf, sodaß tausende und abertausende von Mannheimern einige Tage darauf beim schönsten Herbstwetter nach Oppau hinüberpilgerten, um das Unglück zu besehen. Diese günstige Witterung hielt damals fast vier Wochen an, sodaß erst Ende Oktober der hartnäckige Winter einsetzen konnte.

ch. **Geschäftsstille in den Ladengeschäften.** Sowohl von den hiesigen wie auswärtigen Ladenbesitzern wird Klage über ein starkes Nachlassen der Kauflust geführt. Wir haben uns bei einigen kompetenten Geschäften erkundigt und die Richtigkeit dieser Klage bestätigt erhalten. Die Ursachen dieser zurückgehenden Kaufkraft liegen einmal in den hohen Preisen und zum andern darin, daß die notwendigsten Gebrauchsartikel bereits schon angeschafft worden sind, als diese noch zu einem verhältnismäßig billigeren Preise zu erhalten waren. In den Blumengeschäften hat der Verkauf von Blumen derart nachgelassen, daß die Inhaber dieser Geschäfte eine vollständige Umstellung ihrer Betriebe vornehmen müssen und sich deshalb auf den Verkauf von Tafelobst verlegen. In den Warenhäusern ist gegen Monatsende jeweils ein Rückgang im Einkauf der Kundschaft zu verzeichnen. Aus der Uhren- und Goldwarenbranche wird uns berichtet, daß die hohen Preise alle Käufer abhalten. Selbst dem Ausländer sind die Preise zu hoch, sodaß er von dem Kauf der Ware Abstand nimmt. Die Ware wird, so teilt man uns mit, bereits beim Fabrikanten zu teuer eingekauft. Für eine Junghans-Weckeruhr, die früher M. 1.60 das Stück im Einkauf kostete, muß heute ein Preis von M. 1020 im Einkauf bezahlt werden. Aehnlich verhält sich diese Preisverschiebung bei goldenen Uhren und bei großen Standuhren. Für eine goldene Uhr wird heute im Einkauf 200 Schweizer Franken = 50 000 M. verlangt. Eine große Standuhr, für die der Detaillist früher M. 150 bezahlte, kostet heute beim Fabrikanten 30—40 000 M. im Einkauf. Die Luxus- und Gebrauchsartikelbranche hat ebenfalls über einen starken Rückgang im Verkauf zu klagen. Von den Herrenkleidergeschäften wird uns dasselbe mitgeteilt. Eine Ausnahme hat allein die Damenkonfektion zu verzeichnen, in der der Geschäftsgang z. Zt. noch ein reger sein soll.

A **Theaternachricht.** Als nächste Schauspielpremiere wird Georg Büchners Tragödie „Wonzeck" unter der Spielleitung von Eugen Felder Samstag, den 23. September, zur Aufführung gelangen.

Kommunale Chronik.

Hilfsaktion für die Gemeinden.

☲ **Berlin,** 21. Sept. (Von uns. Berl. Büro.) Mit Rücksicht auf das immer beträchtlichere Anwachsen des Notstandes der Gemeinden hat sich der Reichsminister der Finanzen zu einer Hilfsaktion entschlossen. Das Veranlagungssoll der Einkommensteuer für 1921 beträgt rund 28 Milliarden Mark. Da dieser Betrag aber erst zum Teil eingegangen ist, so sind die Oberfinanzkassen der Landesfinanzämter telegraphisch angewiesen worden, die Hälfte des gesamten Veranlagungssolls für 1920 ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Einzahlungen den einzelnen Landesregierungen nach Maßgabe ihrer Beteiligung als Vorschuß für die Gemeinden zu überweisen. Zur Unterstützung der Gemeinden steht damit ein einmaliger Vorschuß von insgesamt 14 Milliarden zur Verfügung. Die Verteilung erfolgt durch die Landesregierung. Eine Hilfsaktion erweist sich um so notwendiger, als gestern bekanntlich die Girozentrale der Sparkassen ankündigte, daß sie den Kommunen zunächst den Kredit sperren müsse.

*

* **Stuttgart,** 20. Sept. Der vom Gemeinderat am 7. September genehmigte erhöhte Fahrpreistarif für die elektrische Straßenbahn tritt nunmehr in Kraft. Es kostet hiernach die Fahrt bis zu 4 Teilstrecken 10 M., bis zu 8 Teilstrecken 11 M., bis zu 12 Teilstrecken 12 M., über 12 Teilstrecken 13 M. Der Preis der Fahrscheinhefte bleibt vorläufig 36 M. für 6 Fahrten, also 6 M. pro Fahrt bis zu 2 Teilstrecken.

Wiederholt ist es vorgekommen, daß der türkische Wali von Aidin, wenn ihm von Konstantinopel die bekannte seidene Schnur geschickt wurde, in Smyrna in irgend einem ausländischen Unterschlupf Sicherheit suchte und fand. Smyrna war und ist der Sitz von Generalkonsulaten fast sämtlicher industrieller und handeltreibender Staaten der Welt und die Vereinigten Staaten von Amerika haben von jeher ihre Vertretung dort gehabt.

Smyrna ist eine Stadt der schärfsten Kontraste. Das ärmliche türkische Viertel erscheint neben den teilweise sehr glänzenden fremdländischen Bauten nur um so jämmerlicher. Auch sonst wohnten hier die Gegensätze nebeneinander. Die ausländischen Kolonien und namentlich unter ihnen die Engländer, gaben sich in Smyrna dem gewohnten Leben hin und trieben eifrig den beliebten Sport. Dabei kam es wiederholt vor, daß eine türkische Räuberbande einen Ueberfall verübte und die Ausländer brandschatzte. Die türkische Verwaltung bekümmerte sich im allgemeinen sehr wenig um das, was in Smyrna vorging, und wenn sie wirklich einmal dem Räuberwesen zu steuern versuchte, so erreichte sie höchstens, daß die Banden nur um so frecher auftraten. So hatte das Leben in Smyrna immer einen gewissen abenteuerlichen Anstrich, und es war für Ausländer oft genug ein heißer Boden. So schlimm wie jetzt ist es ihnen wohl allerdings noch nie ergangen. Es ist nicht ohne geschichtliche Bedeutung, daß Smyrna durch den Befreiungskampf der Türken in den Strudel des Krieges gezogen worden ist, während es zur Zeit des Weltkrieges ein friedvolles Dasein führte und auch von seiten der Engländer keine ernstlichen Angriffe erfahren hat.

Kunst und Wissen.

⊛ **Alexander Kanoldt,** einem Künstler in der Reihe Pechstein, Nauen, Schmidt-Rottluff, Heckel, widmet das Kunsthaus (Leiter: Dr. Herbert Tannenbaum) die erste Herbstausstellung, die vorbriefen müßte, läge nicht eine gewisse Aufgabe darin, die Hauptvertreter einer sterbenden Richtung mit ihren neuesten Werken an uns vorüberziehen zu lassen. Rund zwölf Jahre hat der Expressionismus die Gemüter bewegt, bestand er als Erscheinung, durch die die Kunst hindurch mußte. Das heißt, nur in wenigen ihrer Jünger ist sie durch den Expressionismus hindurchgegangen. Die hunderttausend anderen, die sich durch dasselbe Tor drängten, waren seelenblinde Mitläufer. Alexander Kanoldt gehört zu den Führern. Sein Stil ist der Kubismus, der dem überlieferten Landschaftsstil brutal ins Gesicht schlägt. Mag die Darstellung von Städten auch nur bedingte Landschaftsmalerei sein — welche Stillleben haben vor allem die Romantiker aus Gassen und Plätzen geschaffen! — bei Kanoldt wird durch den Kubismus ein extremer Expressionismus erzeugt. Seine eigentlichen Landschaften gehen ins Dekorativ-Monumentale. Jegend eine kräftige Farbe ist auch hier Stellvertreterin des Impressionismus, um den sie ja doch alle nicht herumkommen. Aus dem Stillleben vermögen wir den künftigen Weg Kanoldts ungefähr zu ersehen.

A. M.

Aus dem Lande.

? **Aus der Kocher- und Jagstgegend,** 19. Sept. Außerordentlich reicher Obstsegen ist über unsere Täler und Höhen ausgebreitet. Die zahlreichen Baumanlagen schimmern den mit der Bahn oder zu Fuß Reisenden in den verschiedenen Farben entgegen. Die meisten Bäume sind so dicht behangen wie die Weintrauben. Es wird bei dem allseitigen Obstreichtum über die geringe Absatzmöglichkeit geklagt. Gutes Mostobst wäre für 80—100 Mark, Brech- und Tafelobst für 200 bis 250 Mark zu haben.

TU. **Karlsruhe,** 19. Sept. Die Generalversammlungen des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg und der angeschlossenen Fachverbände nahmen gestern hier im Landtagssitzungssaal ihren Anfang. Die Beratungen wurden eingeleitet mit einer Sitzung des Diözesanausschusses des Caritasverbandes, woran sich eine Mitgliederversammlung des Caritasverbandes und eine öffentliche Caritasversammlung anschloß. Hierzu hatten sich eingefunden der Präsident des Caritasverbandes, Dr. Kreuz, Justizminister Trunk, ferner Vertreter des Staatspräsidenten, des Arbeitsministeriums, des Ministeriums des Innern, der Stadt Karlsruhe, zahlreiche Geistliche und Laien aus dem ganzen Lande, ferner eine größere Anzahl in der Caritasbewegung tätige Damen und Schwestern. Der erste Vorsitzende des Caritasverbandes der Erzdiözese, Generalvikar Mutz, begrüßte die Teilnehmer und überbrachte die Wünsche des Erzbischofs für einen guten Verlauf der Tagung. Namens der Staatsregierung erklärte Justizminister Trunk, daß die Regierung bereit sei, der großen materiellen und sittlichen Not der Zeit zu begegnen; die seelische Hilfe sei noch höher zu bewerten als die materielle. Im Vormundschafts- und Fürsorgewesen und in der Erziehungsarbeit habe die Caritas besonders wertvolle Hilfe geleistet. Nach weiteren Begrüßungsansprachen unterstrich der Vorsitzende Generalvikar Mutz die Anerkennung, daß die Caritas eine wertvolle Stütze des Staates und der Gemeinde ist. Die Versammlung hörte darauf einen Vortrag von Caritasdirektor Eckert-Freiburg über die Caritasarbeit in in letzten zwei Jahren. Sodann sprach Pater Roppel S. J. München über die Caritas im Volksstaat und legte dar, daß im Volksstaat die Caritas noch notwendiger sei als im Obrigkeitsstaat. — Hiernach verbreitete sich Frau Landtagsabgeordnete Klara Siebert über die Pflege der christlichen Familie als Ziel der Caritasarbeit. — Die Ausführungen fanden die lebhafte Zustimmung der Zuhörerschaft.

TU. **Appenweier,** 19. Sept. Die elsässischen Zeitungen bringen Beschwerden von Reisenden, die auf Bahnhöfen mit regem Verkehr, wie Appenweier und Minden, um ihr Gepäck gekommen seien. So sei jüngst in Minden einer Straßburgerin ihr ganzes Gepäck im Werte von 15 000 Franken abhanden gekommen.

TU. **Bodersweier bei Kehl,** 19. Sept. Ein schweres Automobilunglück hat sich in der Nacht zum Sonntag auf der Straße zwischen Kork und Bodersweier ereignet. Der frühere Brauereibesitzer Peter von Achern, der den Mühlenbesitzer Lasch von Bodersweier in seinem Auto nach Hause bringen wollte, verlor die Beherrschung über den Kraftwagen, der eine Straßenböschung hinabstürzte. Während Mühlenbesitzer Lasch nur geringe Verletzungen davon trug, erlitt Peter einen Schädelbruch, der seinen Tod herbeiführte.

TU. **Triberg,** 19. Sept. Das hier erscheinende „Echo vom Wald" teilt mit, daß es ab 1. Oktober weiter erscheinen wird, nachdem eine Reihe von Persönlichkeiten sich zusammengeschlossen haben, um das auf Ende September beabsichtigte Eingehenlassen des Blattes zu verhindern.

TU. **Furtwangen,** 19. Sept. Die Fachgruppen Großuhren und Taschenuhren des Wirtschaftsverbandes der Deutschen Uhrenindustrie (Donaueschingen) haben den Aufschlagsatz für ihre Erzeugnisse von 500 Prozent auf 425 Prozent zurückversetzt.

* **Freiburg,** 19. Sept. Hier fand die Tagung der Allgemeinen katholischen Kirchensteuervertretung statt. Kanzleidirektor Geistl. Rat Dr. Sester eröffnete im Auftrag des Erzbischofs die Tagung und führte im folgenden aus: In diesem Jahr seien die Bedarfssummen so hoch gestiegen, daß sie alles bisher Dagewesene in Schatten stellten, obwohl die Forderungen auf das unbedingt Notwendige beschränkt seien. Der Redner dankte der Staatsregierung für die bisherigen Zuschüsse und erklärte, die Haltung der Geistlichen sei bei der fortgesetzten Teuerung eine geradezu vorbildliche. Sie machen das beständige Jagen nach Erhöhung der Bezüge nicht mit, wenn auch berechtigte Sorgen um die wirtschaftliche Existenz gelegentlich zum Ausdruck kommen. Eine Neuregelung der Pfarrgehälter sei aber nicht von der Hand zu weisen. Bei einem Gesamtaufwand von 125 Millionen ergebe sich ein Fehlbetrag von 78 Millionen M. Die Deckung des Bedarfs aus kirchlichen Mitteln allein sei unmöglich. Man müsse deshalb die Regierung bitten, in Baden ebenso vorzugehen wie in Preußen, Bayern und Württemberg, wo der Staat teilweise den Aufwand selbst bezahle, teilweise Vorschüsse gebe, so daß die Kirche ihre Geistlichen entsprechend bezahlen könne. Nach einer Aussprache, in der auch Fragen der Einsparungen erörtert, eine Verschmelzung des Oberstiftungsrats mit der kirchlichen Verwaltung in Freiburg aber als unmöglich bezeichnet wurde, wurde der Voranschlag angenommen.

TU. **Müllheim,** 19. Sept. In den oberbadischen Weinorten Britzen, Britzingen und Dattingen soll ein Weinherbst bevorstehen, wie seit vielen Jahren nicht. Allerdings waren die Regengüsse der letzten Woche der Ausreife der Trauben wenig förderlich.

TU. **Brennet bei Säckingen,** 19. Sept. Die über acht Meter hohe und einen Meter dicke Betonmauer bei den Kanalarbeiten der mechanischen Bunnwederei hier, ist auf eine Länge von etwa 20 Meter eingestürzt. Der Schaden wird auf über 1 Million Mark geschätzt.

Aus der Pfalz.

□ **Neustadt a. H.,** 20. Sept. Ein Ueberfall ist dieser Tage auf dem alten Hambacher Weg, dem sogen. Viehbergweg, auf einen Professor der Realschule Neustadt verübt worden, da er sich plötzlich von vier Männern umringt sah, die ihn aufforderten, sein Geld herzugeben. Glücklicherweise hatte der Herr Professor kurz vorher mit einem Tausendmarkschein, den er bei sich führte, eine Rechnung bezahlt, so daß nur ein geringfügiger Betrag in die Hände der Diebe fiel. Eine Mappe, die er unter dem Arm trug, wurde ihm entrissen. Von den Dieben hat man keine Spur.

* **Speyer,** 19. Sept. Wegen des nach der Erzberger-Demonstration im August vor. Jahres begangenen Bildersturms auf das Speyerer Regierungsgebäude, in dem Fürstenbilder von den Wänden gerissen und Einrichtungsgegenstände zertrümmert wurden, sind einige Linksradikale von dem Landgericht Frankenthal wegen Landfriedensbruchs usw. zu Gefängnisstrafen von vier bis acht Monaten verurteilt worden. Nachdem der Oberstaatsanwalt von Zweibrücken das Amnestiegesuch abgelehnt hat, erhielten jetzt die Verurteilten nach einer Meldung der „Arbeiter-Ztg." die Strafantrittszustellung zur Abbüßung der Gefängnisstrafen zugestellt.

Berichtszeitung.

X **Rudolstadt,** 19. Sept. Am 5. September, also schon über ein Jahr nach dem ersten Prozeß, beginnt vor dem Landgericht in Rudolstadt (Thüringen) die Revisionsverhandlung gegen den bekannten Schulreformer und früheren Leiter der Freien Schulgemeinde Wickersdorf bei Saalfeld, Dr. Wyneken. Wie bekannt, wurde Dr. Wyneken eines Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuchs beschuldigt und am 30. August vorigen Jahres von dem Landgericht Rudolstadt wegen Sittlichkeitsvergehens zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Es ist damit zu rechnen, daß auch die jetzige Verhandlung wieder unter vollständigem Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden wird.

△ **Cüstrin,** 19. Septbr. Das Schöffengericht verhandelte auf Antrag des Vereins gegen das Bestechungsunwesen, Sitz Berlin, gegen den Kaufmann Max Busch in Fa. Busch u. Larche, Berlin. Busch hatte 1918 die Bestechlichkeit des früheren städtischen Betriebsleiters Eugen Hielscher in Cüstrin benutzt, um große Mengen elektrischen Installationsrohres aus Kriegsmaterial bei der Stadt Cüstrin unterzubringen. Während Hielscher amnestiert werden mußte, verurteilte das Gericht jetzt den Kaufmann Busch wegen Bestechung zu 10 000 M. Geldstrafe.

Sportliche Rundschau.

Pferderennen.

Landwirtschaftliches Rennen in Zweibrücken.

Anstelle der Pferderennen, die der Pfälzische Rennverein Zweibrücken aus finanziellen Gründen hatte ausfallen lassen müssen, veranstaltete am Sonntag die Freie Bauernschaft Zweibrücken-Pirmasens auf dem Zweibrücker Sportplatz landwirtschaftliche Rennen, die sich eines sehr guten Zuspruchs erfreuten. Im einzelnen wurden folgende Rennen gelaufen:

1. Eröffnungsrennen über 1000 Meter, Ehrenpreis und 10 000 M. Geldpreise. 6 Pferde liefen. 1. Harlos Flora, 2. Richtscheidts Hexe, 3. Buchholz' Ella. Tot. Sieg 26:10; Platz 11, 13, 12.

2. Preis von der Sickinger Höhe. Entfernung 1600 Meter. Ehrenpreise und 12 600 M. 5 Pferde am Start. Alle Teilnehmer bewältigten die fünf Hürden. 1. Schettings Infant, 2. Blinns Elsa, 3. Beits Koralle. Tot. Sieg 150; Platz 29, 18.

3. Preis der Stadt Zweibrücken. Entfernung 1200 Meter. 10 Pferde liefen. 1. Harlos Emma, 2. Harlos Flora, 3. Buchholz' Ella, 4. Richtscheidts Hexe. Tot. Sieg 24; Platz 13, 16, 17.

4. Preis vom Schwarzbach. Trabrennen über 1000 Mtr. Ehrenpreis und 8000 Mark. 6 Pferde am Start. 1. Marx' Flottweg, 2. Webers Miß Weber, 3. Schmals Papageno. Tot. Sieg 14; Platz 12, 16.

5. Preis von der Pfalz. Hürdenrennen über 2400 Mtr. Ehrenpreise und 15 000 Mark. 5 Pferde am Start. 1. Hauds Amanda, 2. Dr. Feibelmanns Lydia, 3. Fleckfieins Olga. Tot. Sieg 28; Platz 14, 16. — Der Reiter Emil Best schied auf Perle durch Sturz aus, ohne Verletzungen zu erleiden.

F.-B.-Rennen. Entfernung 1600 Meter. Ehrenpreise und 10 000 Mark. 5 Pferde im Rennen. 1. E. Bests Koralle, 2. Fleckfieins Halunk, 3. Schettings Infant. Tot. Sieg 16; Platz 15, 35.

7. Abschiedsrennen. Galopprennen über 1000 Meter. 7000 M. Preise. 7 Pferde. Auch dieses Rennen konnte E. Best auf Perle leicht gewinnen. 2. Dr. Feibelmanns Lydia, 3. Buchholz' Ella, 4. Knolls Rosa. Tot. Sieg 18; Platz 10, 10, 10.

Fußball.

Stand der Kreisliga-Spiele.

Nachdem die Kreisliga jetzt schon 3 Spielsonntage hinter sich hat, ist es vielleicht interessant, sich an Hand der Tabellen eine Vorstellung über die diesjährigen Kräfteverhältnisse der Vereine zu machen. Selbstverständlich kann man heute noch kein abschließendes Urteil fällen; erst die Rückspiele werden eine klare Entscheidung bringen. Nachstehend der Stand des Odenwald- und Pfalzkreises:

Stand der Kreisliga-Spiele im Pfalzkreis am 17. September 1922.

Vereine	Spiele	Gew.	Unentsch.	Verl.	Tore	Punkte
1903 Ludwigshafen	3	1	2	—	4:2	4
F. C. Pirmasens	3	1	2	—	4:3	4
Pfalz Ludwigshafen	2	1	1	—	3:1	3
Phönix Ludwigshafen	2	1	1	—	4:2	3
V. f. R. Kaiserslautern	3	1	1	1	4:4	3
F.-V. Kaiserslautern	2	1	—	1	2:1	2
F.-V. Frankenthal	3	—	1	2	2:6	1
V. f. B. Zweibrücken	2	—	—	2	2:6	0

Stand der Kreisliga-Spiele im Odenwaldkreis am 17. Sept. 1922.

Vereine	Spiele	Gew.	Unent.	Verl.	Tore	Punkte
1908	3	2	1	0	6:1	5
Feudenheim	3	2	0	1	9:4	4
Waldhof	2	1	1	0	4:1	3
V. f. R.	1	1	0	0	1:0	2
Phönix	1	1	0	0	2:0	2
Neckarau	2	0	0	2	0:4	0
Darmstadt	2	0	0	2	0:8	0
1907	2	0	0	2	0:7	0

Neues aus aller Welt.

— **Einsturz eines Kaufhauses.** Heute Mittag stürzte der hintere Teil des Eisenbetonbaues des Kaufhauses Karstadt in Wandsbeck ein und begrub mehrere Arbeiter unter sich. Es handelt sich um einen Bauteil, der hinter dem alten Warenhausgebäude angebaut war und der nur ein Obergeschoß hat. Bei der Herausnahme der Stützen brach der fertige Bau zusammen. Einige Leute konnten sich durch Abspringen retten. Bisher sind zwei Tote und vier Schwerverletzte geborgen. Zwei Leute werden vermißt.

— **Schweres Unglück durch gefundene Blindgänger.** In Torgau boten Schulknaben, die auf dem dortigen Exerzierplatz Blindgänger ausgegraben hatten, die Granaten in der Alteisenhandlung von Naumann an. Der 15jährige Gehilfe Naumanns, Schulze, ließ dabei eine Granate fallen; es erfolgte eine Explosion, durch die Frau Naumann sofort getötet, Schulze und eine Anzahl Schulknaben verwundet wurden. Die Tochter Naumanns und drei weitere Schulknaben haben leichtere Verletzungen davongetragen.

— **Diebstahl im Kolberger Rathaus.** Von einem bisher noch nicht ermittelten Diebe wurde aus dem Kommissionssitzungszimmer ein unter Glas aufbewahrtes goldenes Kreuz gestohlen, das von der Tochter Nettelbecks, Frau Pastor Luise Heidler, der Stadt Kolberg zur Erinnerung an ihren Vater geschenkt wurde. Das Kreuz war am 15. Februar 1822 Nettelbecks Tochter von der Prinzessin Marianne von Hessen-Homburg, Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Preußen, Bruder des Königs Friedrich Wilhelm III., in Anerkennung der Verdienste Nettelbecks geschenkt worden.

— **Zähne wie Ebenholz.** In einer Londoner zahntechnischen Ausstellung ist u. a. eine Sammlung künstlicher Zähne in nicht weniger als 25 Schattierungen vom reinsten Weiß bis zur Schwärze des Ebenholzes zu sehen. Die schwarzen Zähne sind für die Ausfuhr nach Hinterindien, wo schwarze Zähne als Folge des Betelkauens für schön gelten, bestimmt.

Für die Reise!

Die Nachsendung

des „Mannheimer General-Anzeigers"

während der Reisezeit kann nach jedem gewünschten Aufenthaltsort unter Kreuzband erfolgen.

Bestellungen sind nur schriftlich an die Geschäftsstelle E 6, 2 zu machen. Der Versand kann täglich erfolgen und täglich eingestellt werden.

Zur Vermeidung der Porto- und Einzugskosten bitten wir die Gebühren für den Versand im voraus zu entrichten. — Diese betragen:

	wöchentlich
Für 1 bereits abonniertes Exemplar	Mk. 18.—
Für 1 zusätzliches Exemplar	Mk. 50.—
Für Nichtabonnenten	Mk. 72.—

Mannheimer General-Anzeiger.

Handel und Industrie.

Tagung des Einzelhandelsausschusses des Badischen Industrie- und Handelstags am 18. September 1922.

Am 18. September 1922 fand im großen Sitzungssaal der Handelskammer Karlsruhe eine von Vertretern des badischen Einzelhandels gut besuchte Sitzung des Einzelhandels-Ausschusses des Badischen Industrie- und Handelstages unter dem Vorsitz des Herrn Vizepräsidenten Rothschild von der Handelskammer Mannheim statt. Nach der Begrüßung erstattete zunächst Herr Dr. Eifler-Lahr ein Referat zur Frage der Fakturierung in Auslandswährung im Inlandsverkehr. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an:

„Der im Einzelhandelsausschuß des Badischen Industrie- und Handelstags vertretene Einzelhandel protestiert entschieden dagegen, daß ihm von seinen Lieferanten in zunehmendem Maße Faktura in Auslandswährung gestellt wird. Er fordert von der Reichsregierung ein Verbot dieser Art der Preisberechnung, die eine unerträgliche Belastung des Einzelhandels mit dem Risiko der Markentwertung bedeutet."

Nach einem Bericht von Herrn Dr. Koch-Karlsruhe über die Vertretung des Wandergewerbes und der Minderkaufleute in den Handelskammern erklärte sich der Einzelhandelsausschuß damit einverstanden, die Organisation der Wandergewerbetreibenden in Fragen, die das Wandergewerbe betreffen, vor einer Beschlußfassung zu hören und von Fall zu Fall Vertreter zu der Besprechung solcher Fragen als Berater hinzuzuziehen. In Bezug auf die Vertretung der Minderkaufleute in den Handelskammern hielt der Einzelhandelsausschuß es für zweckmäßig, die Regelung dieser Frage durch das im Entwurf vorliegende Reichsrahmengesetz über die Industrie- und Handelskammern abzuwarten.

Ueber die von den Gemeinden gewünschte Einführung einer selbständigen Gemeinde-Wandergewerbesteuer soll eine Kommission beraten, die sich aus den Herren Dietrich-Karlsruhe, Damm-Furtwangen, Dr. Jordan-Villingen und Dr. Schupp-Heidelberg zusammensetzt. Der Einzelhandelsausschuß war der Ansicht, daß die Gemeinden das Recht erhalten, das Wandergewerbe mit einer Gewerbesteuer zu belegen. Herr Dr. Schupp-Heidelberg berichtete über die von der Reichsregierung geplante Neuregelung der Sonntagsruhe.

Erörtert wurde schließlich die Frage der Wiedereinführung des Handelswechsels, über die Herr Dr. Eifler-Lahr berichtete; er faßte seine Ausführungen in folgender Entschließung zusammen, die einstimmig Annahme fand:

„Der Einzelhandelsausschuß des Badischen Industrie- und Handelstags erblickt in der wachsenden Kreditnot eine schwere Gefahr für das deutsche Wirtschaftsleben und insbesondere für die durch eine verkehrte Preis- und Wuchergesetzgebung aufs höchste geschädigten Unternehmungen des Einzelhandels. Eine Milderung der Kreditnot, soweit sie durch innerpolitische Mittel erfolgen kann, muß die Sorge aller Stellen sein, denen das Wohl unserer Wirtschaft am Herzen liegt. Eine wichtige Maßnahme zur Erreichung dieses Zieles steht in der Wiedereinbürgerung des Warenwechsels zur Verfügung. Der Einzelhandelsausschuß erwartet von den maßgebenden Organisationen der Industrie und des Handels, daß sie untereinander in Fühlung treten zu Erörterungen und Zahlungsvereinbarungen, die eine den Zeitumständen angepaßte Wiedereinführung des Handelswechsels im Warenverkehr zum Ziele haben."

Portlandzementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttgart. Wie bereits mitgeteilt, beabsichtigt die Gesellschaft eine Kapitalserhöhung von 36 Mill. M. durch Ausgabe von 34 Mill. M. Stamm- und von 2 Mill. M. Vorzugsaktien. Von den Aktien wird weitaus der größte Teil den alten Aktionären zum Bezuge angeboten. Die jungen Vorzugsaktien, welche zu 5% verzinslich sind, werden an die bisherigen Inhaber der Vorzugsaktien gegeben werden. Bezugsmodalitäten und Ausgabekurs wird noch bekannt gegeben. Die Kapitalserhöhung erweist sich durch die Bargeldknappheit und durch die starke Einschränkung des Bankkredits als dringend notwendig. Die Aufträge der Verkaufssyndikate sind gut. Das Inland tätigt eine lebhafte Nachfrage, während das Ausland sich in letzter Zeit reserviert verhält.

Schuhfabrik Herz A.-G. in Frankfurt a. M. Die Gesellschaft konnte im vergangenen Geschäftsjahre einen Rohgewinn von 32,22 (9,54) Mill. M. erzielen. Dem gegenüber erforderten die Unkosten 24,70 (6,60) Mill. M., während 1,78 (0,60) Mill. M. zur Abschreibung gelangten. Danach erübrigt sich ein Reingewinn in Höhe von 4,52 (1,53) Mill. M., aus welchem eine Dividende von 12% (13) zur Ausschüttung gebracht werden soll. An den Unterstützungsstock werden 450 000 (150 000) M., an das Konto für sonstige Unterstützungen 200 000 M. überwiesen, während an Tantiemen 428 865 M. ausgeworfen werden sollen. Der Rest von 727 840 (275 631) M. wird auf neue Rechnung vorgetragen. Die Bilanz bezeichnet die Vorräte mit 29,12 (15,49) M., die Schuldner mit 27,78 (6,71) M., und ihnen gegenüber die Gläubiger mit 33,91 (14,71) Mill. M. Die auf 4. Oktober einberufene ordentliche diesjährige Generalversammlung wird sich neben dieser Bilanz auch noch mit dem Antrag der Verwaltung das Aktienkapital um bis zu 10 Mill. M. und Erhöhung des Stimmrechts der Vorzugsaktien auf das Zwölffache zu beschließen haben. Da im vergangenen Geschäftsjahre mit den Arbeitern teilweise Lohnunstimmigkeiten herrschten, war das Geschäft, das augenblicklich als noch sehr lebhaft bezeichnet wird, stellenweise sehr gehemmt. Die Frankfurter Ball- und Luxusschuhfabrik Otto Habicht in Mühlheim, an welcher die Herz-A.-G kommanditarisch beteiligt ist, arbeitet zufriedenstellend und vergrößert sich.

Zucker u. Co. A.-G., Schreibwarenfabrik in Erlangen. Die Verwaltung der Gesellschaft beschloß, auf den 11. Oktober eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, der sie die Erhöhung des Aktienkapitals von 2,2 auf 3,2 Mill. M. durch Ausgabe von 900 000 M. Stamm- und von 100 000 M. Vorzugsaktien vorschlagen will.

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und elsässischen Kaliindustrie gescheitert. Die Verhandlungen, die zwischen der elsässischen und der deutschen Kaliindustrie im Haag stattfanden, sind nach elsässischen Blättermeldungen gescheitert, weil keine Einigung über den Prozentsatz des Ausfuhrkontingents auf den Weltmarkt erzielt werden konnte. Den Blättermeldungen zufolge habe Deutschland für das französische Ausfuhrkontingent 10 vom Hundert vorgeschlagen, während französischerseits mindestens 35 vom Hundert verlangt worden seien. Die Gesamterzeugung der elsässischen Kalibergwerke für das erste Halbjahr 1922 bleibt noch hinter derjenigen des letzten Jahres zurück.

Dollarkurs 1440 Mark.

Börsenberichte.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 20. Sept. An der heutigen Börse fand lebhaftes Geschäft statt in Benz-Aktien zu den Kursen von 590 und 600 Prozent, ebenso in Gebr. Fahr-Aktien zu 775 Prozent (nachbörslich notierten Fahr 770 bez. und G.). Von Industrieaktien stellten sich höher: Westeregeln 2050 G., Dingler 720 bez., Waggonfabrik Fuchs 610 G., Badenia 570 G., Rhein-Elektra 419 bez., Salzwerk Heilbronn 1280 G., Zellstoffabrik Waldhof 885 G., Zucker Frankenthal 870 G. und Zucker Waghäusel 880 G.

*

Zulassung zur Börse. Der Börsenvorstand teilt uns mit: Zwecks Durchführung einer genauen Kontrolle des Börsenbesuchs und der Fernhaltung unerwünschter Elemente hat der Vorstand beschlossen, nur noch solchen Personen gegen Lösung einer Tageskarte den Börsenbesuch zu gestatten, die durch in Mannheim ansässige Börsenmitglieder eingeführt werden. Es ergeht daher an alle Mitglieder die Aufforderung, nur solche Personen einzuführen, die sie für vertrauenswürdig persönlich kennen und für die sie die volle Verantwortung hinsichtlich ihrer geschäftlichen und moralischen Solidität übernehmen. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der Kartenzwang eingeführt wird und daß jeder Börsenbesucher verpflichtet ist, beim Betreten des Börsensaales seine Mitgliedskarte vorzuzeigen. Zusatzkarten für Angestellte können die Mitglieder auf dem Sekretariat erhalten. Er wird darauf aufmerksam gemacht, daß es im Interesse des Handels selbst liegt, daß diese neuen Vorschriften auf das peinlichste eingehalten und durchgeführt werden.

Devisenmarkt

Mannheim, 20. Sept. (9.30 vorm.) Es notierten am hiesigen Platze (mitgeteilt von der Mitteldeutschen Creditbank, hier): Newyork 1430—1450 (1445), Holland 55 500—56 000 (55 800), London 6350—6450 (6380), Schweiz 26 800—27 200 (27 000), Paris 11 000—11 150 (11 000), Italien 6010—6175.

Newyork, 20. Sept. Die Reichsmark notierte bei Börsenschluß 0,07⅛ (0,06¾) cents, was einem Dollarkurs von 1403,51 (1481,48) M. entspricht.

Wien.	19.	20.	(in Kronen)	19.	20.
Amsterdam	28[illegible]	2[illegible]	Paris	5614,—	[illegible]
Berlin	[illegible]	[illegible]	Zürich	[illegible]	[illegible]
Kopenhagen	15[illegible]	[illegible]	Markknoten	[illegible]	[illegible]
London	[illegible]	[illegible]	Lire-Noten	3102,50	[illegible]

Zürich.	19.	20.	(in Franken)	19.	20.
Berlin	0,37	0,35	Italien	22,90	22,10
Wien	0,00	[illegible]	Brüssel	38,40	38,40
Prag	17,40	16,9[illegible]	Kopenhagen	111,75	111,50
Holland	202,90	207,41	Stockholm	141,25	142,—
New York	5,37	[illegible]	Christiania	91,—	91,8[illegible]
London	23,71	23,[illegible]	Madrid	81,13	81,1[illegible]
Paris	41,73	40,85	Buenos Aires	190,—	190,50

Amsterdam.	19.	20.	(in Gulden)	19.	20.
Wechsel a. London	11,43	11,43	Wechsel a. Stockholm	68,45	68,6[illegible]
" " Berlin	0,17	0,17	" " Christiania	44,40	44,50
" " Paris	19,62	19,67	" " New York	2,59	2,58
" " Schweiz	48,31	48,35	" " Brüssel	19,92	18,77
" " Wien	0,00	0,00	" " Madrid	39,13	39,07
" " Kopenhagen	53,40	53,85	" " Italien	10,90	10,87

Kopenhagen.	19.	20.	(in Kronen)	19.	20.
Sichtw. a. Hamburg	0,36	0,35	Sichtw. a. London	21,47	21,30
" " Amsterdam	187,50	186,75	" " Paris	37,—	36,6[illegible]
" " Schweiz	90,50	90,—	" " Antwerpen	35,—	34,75
" " New York	4,80	4,82	" " Helsingfors	10,[illegible]5	10,55

Stockholm	19.	20.	(in Kronen)	19.	20.
Sichtw. a. Berlin	0,27	0,28	Sichtw. a. London	16,71	16,6[illegible]
" " Amsterdam	148,50	148,25	" " Paris	28,80	28,8[illegible]
" " Schweiz	71,75	71,60	" " Brüssel	27,25	27,2[illegible]
" " Washington	3,73	3,76	" " Helsingfors	8,25	8,30

New York, 20. Septbr. (WB) Devisen.

	19.	20.		19.	20.		19.	20.
Frankreich	7,61	7,66	Schweiz	18,88	18,90	Spanien	15,11	15,33
Belgien	7,18	7,25	England	4,42	4,43	Italien	4,30	4,25
						Deutschland	0,06	0,07

Waren und Märkte.

Leinsaatnotierungen. Die Notierungen aus Buenos Aires und Rosario blieben heute aus.

Leinölnotierungen. Preis ab Holland (garantiert reines rohes Oel per 100 kg incl. Holzfaß, Originaltara, Abgangsgewicht, fob oder bahnfrei) prompt 42,75 (42,60) fl., Anfang Oktober 42,50 (42,25) fl., Mitte Oktober 42 (42,25) fl., Oktober-Dezember 41,75 (41,50) fl., November-Dezember 41,25 (40,75) fl., Januar-April 39,50 (40,75) fl.; Preis ab Niederrhein infolge starker Kursschwankungen nicht fixierbar.

Preiserhöhung für Weizenmehl. Der Richtpreis für Weizenmehl ist ab 20. September von der Süddeutschen Mühlenvereinigung für Spezial 0 auf 9900 M. (bisher 9650 M.) pro Doppelzentner erhöht worden.

* **Starke Preiserhöhung in der elektrotechnischen Industrie.** Die im Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie zusammengeschlossenen Lampenfabriken beschlossen mit Wirkung ab 21. September mit Rücksicht auf die weiterhin gestiegenen Materialpreise und Löhne und sonstigen Unkosten die Erhöhung der bisherigen Teuerungszuschläge von 100 auf 300 Prozent.

Berliner Metallbörse vom 20. September.

Preise in Mark für 1 Kg.

	19. Sept.	20. Sept.		19. Sept.	20. Sept.
Elektrolytkupfer	—	45231	Aluminium i. Barr.	579,50	577,50
Raffinadekupfer	400—410	395—405	Zinn, ausländ.	1050—1060	1050—1090
Blei	150—160	150—160	Hüttenzinn	1030—1035	1030—1035
Rohzink (Vb.-Pr.)	20754	20485	Nickel	900—920	900—920
do. (fr. Verk.)	2[illegible]—210	200—23[illegible]	Antimon	1[illegible]0—155	150—15[illegible]
Plattenzink	178—155	170—150	Silber für 1 kg.	32500—33500	32500—33500
Aluminium	177,—	177,—	Platin p. Gr.	—	4450

London, 20. Septbr. (WB) Metallmarkt. (In Lst. für 1 engl. t. v. 1016 kg.)

	19.	20.		19.	20.		19.	20.
Kupfer Kasse	62,75	62,75	bestselect.	66,—	66,—	Blei	23,[illegible]	23,25
do. 3 Monat	62,45	63,15	Nickel	150,—	150,—	Zink rept.	30,81	30,85
do. Elektrol	71,25	71,25	Zinn Kasse	158,75	158,—	Quecksilber	13,25	13,25
			do. 3 Monat	159,85	160,25	Antimon	31,—	31,—

Liverpool, 20. Septbr. (WB) Baumwolle. (In engl. Pfd. v. 454 g.)

	19.	20.		19.	20.		19.	20.
						Dezember	16,70	16,85
Umsatz	6000	8000	März	12,36	12,47	Alexandria	34,05	34,32
Import	1510	12700	April	12,21	12,31	Januar	33,10	35,35
Januar	12,62	12,79	Mai	12,14	12,26	Oberägypt.	25,53	24,80
Febr.	12,42	12,19	Aegyptische	16,85	18,90	Dezember	25,30	25,61

Amerikanischer Funkdienst.

New York, 20. Septbr. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten.)

	19.	20.		19.	20.		19.	20.
			Zuf. zus.	86000	28000	stand wt.	12,50	12,50
Kaffee loko	10,25	10,22	Elektrolyt	14,—	14,—	Cred. Bal.	3,—	3,—
Oktober	9,30	9,31	Zinn loko	32,12	32,25	Zuck Centrf	4,81	4,81
Dezemb.	9,41	9,43	Blei	6,17	6,17	Terpentin	131,—	132,—
März	9,45	9,48	Zink	6,63	6,77	Savannah	114,—	113,50
Mai	9,45	9,48	Eisen	33,—	33,—	N. Orl. Baum.	20,25	20,75
Juli	9,4[illegible]	9,48	Weißblech	4,75	4,75	Weizen rot	121,50	124,25
Baumw. loko	21,55	21,30	Schmalz wt.	11,45	11,47	Hart loko	121,50	124,15
September	21,25	21,30	Talg	7,—	7,—	Mais loko	83,50	91,75
Oktober	21,32	21,02	Baumwollöl	8,10	9,—	Mehl niedr. P.	5,—	5,15
November	21,41	21,11	" Sept.	8,25	8,11	höchst Pr.	5,75	5,85
Dezember	21,30	21,25	Petrol. cases	16,—	16,—	Getrdfr Engl.	1,05	1,06
Januar	21,32	21,12	tanks	6,50	6,51	Kontinent	9,—	9,—

Chicago, 20. Septbr. (WB) Funkdienst. (Nachdruck verboten.)

	19.	20.		19.	20.		19.	20.
Weizen Sept.	104,25	106,41	Roggen Mai	75,50	77,—	Schweine		
" Dez.	104,—	106,55	Schmalz	10,45	10,47	leicht niedr.	9,85	9,70
Mais Sept.	62,10	64,75	" Okt.	10,40	10,41	höchst.	9,90	10,—
" Dez.	58,—	59,61	Pork Okt.	—,—	—,—	schw. niedr.	8,50	8,60
Hafer Dez.	38,13	37,7[illegible]	Rippen Okt.	9,75	9,75	höchst.	9,8[illegible]	9,85
" Mai	38,75	39,1	Speck niedr.	9,75	9,75	Zuf. Chicago	24000	17000
Roggen Dez.	71,13	74,25	höchst	13,75	11,—	Westen	[illegible]	83000

Wasserstandsbeobachtungen im Monat Septbr.

Pegelstation vom Rhein	16.	17.	18.	19.	20.	21.	Bemerkungen
Schusterinsel	2,80	3,02	2,72	2,72	2,42	2,30	
Kehl	3,41	3,93	2,74	3,60	2,45	3,38	
Maxau	5,26	5,66	6,01	5,65	5,56	5,4[illegible]	
Mannheim	4,64	4,77	5,19	5,35	5,17	4,86	
Mainz							
Kaub			3,64	3,82	3,89		
Köln		3,42	3,43	3,30	3,36		
vom Neckar:							
Mannheim	4,63	4,80	5,21	5,32	5,15	4,86	
Heilbronn			1,03	1,42	1,42		

Windstill, heiter. + 10°.

Mannheimer Wetterbericht

vom 21. September morgens 7 Uhr.

Barometer: 764,7 mm. Thermometer: 13,3° C. Niedrigste Temperatur Nachts: 13,0° C. Höchste Temperatur gestern: 18,5° C. Niederschlag: 0,0 Liter auf den qm. Windstill, aufheiternd.

Herausgeber, Drucker und Verleger: Druckerei Dr. Haas, Mannheimer General-Anzeiger, G. m. b. H., Mannheim, E 6, 2.
Direktion, Ferdinand Heyme. — Verantwortlich für Politik: Dr. Fritz Hammes; für Handel: Nie Petersen; für Feuilleton: Alfred Wadenau; für Lokales und den übrigen redaktionellen Inhalt: Franz Kircher; für Anzeigen: Karl Hügel.

Dixin das dankbare Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und billig.
ALLEINIGE HERSTELLER.
HENKEL & Cie., DUSSELDORF

Danksagung.
Anläßlich des Hinscheidens meines lieben Gatten, unseres unvergeßlichen Vaters und Bruders *434
Wilhelm Rub
sind uns so zahlreiche Beweise wohltuender Teilnahme zugegangen, dass es uns leider unmöglich ist, hierfür schriftlich zu danken, so gerne wir dies auch tun möchten.
Wir bitten daher, auf diesem Wege unseren tiefgefühlten Dank für die herzliche Anteilnahme an unserem schweren Verluste entgegennehmen zu wollen.
Mannheim, U 6, 12a, im September 1922.
Familie Wilhelm Rub.

Denken Sie daran
daß unser Geschäft
hohen Feiertages wegen
Samstag, 23. September geschlossen bleibt. 8864
Geschw. Oberdorfer,
Kaufhaus für Kurz-, Weiß-, Woll-, Manufakt.-Waren, Trikotagen, Herren-Artikel. — Schwetzingerstr. 106.

Ambulatorium
für Haut-, Geschlechts- u. Frauen-Krankheiten. Gonorrhoe und Syphilis-Behandlung nach rein wissenschaftlicher Methode, ohne Berufsstörung. Sexuelle Schwäche nach Spezialverfahren. Rein wissenschaftliche Behandlung aller Haut-, Blasen- und Frauenleiden. Kosmetik Blut-, Urin- und Sputum-Untersuchung. S75
Dr. med. Mähler
Breitestr. K 1, 10 Mannheim Breitestr. K 1, 10
Sprechst. tägl. 10—6 U. Sonn- u. Feiertag 10—1 Uhr.

Gebildeter Herr wünscht **Klavierbegleitung** zu Gesang. Gefl. Ang. u. A. T. 88 an die Geschäftsstelle ds. Bl. *339

Von der Reise zurück
Dr. v. Hollander
Frauenarzt G83
Goethestraße 6.

Limburger- und Romadourkäse
Postenweise billig abzugeben. 8854
Vollfetter Tilsiter erwartend.
Karl Heidrich, Ludwigshafen a. Rh.
Lisztstr. 162. Telephon 276

Arbeitsvereinfachung
durch zeitgemäße Büro-Einrichtungen
Vertikal-Registraturen
liefert auf Grund langjähriger Erfahrungen

Otto Ziefrndraht Mannheim Q 7, 5
S32

Zur Einkellerung von
Kartoffeln
werden Bestellungen entgegengenommen. *371
Johann Petry, F 6, 8. Tel. 3098.

Betonmischmaschine
System „Drais", fahrbar, ca. 250 Ltr. Inhalt, gebraucht zu verkaufen. Näheres 8858
Grastorf, G. m. b. H., Mannheim, Q 7, 17b.

Pferdedung
Ergebnis von 8—10 Pferden ab Oktober auf 1 Jahr
zu vergeben.
Näheres Mannheim, Fabrikstationsstraße 18/26. 8830

MARCHIVUM

National-Theater Mannheim.

Donnerstag, den 21. September 1922

In Miete B 4 (Freie Volksbühne J 4291—4490, Bühnenvolksbund Nr. 1861—2060) Mittlere Preise

Das Käthchen von Heilbronn

Märchenspiel von Heinrich von Kleist.
In Szene gesetzt von Heinz W. Voigt.
Bühnenbilder von Heinz Grete.

Mitwirkende: Lene Blankenfeld, Else von Hagen, Ilse Lahn, Aenne Leonie, Gretel Mohr, Hans Godeck, Georg Köhler, Alexander Kökert, Wilhelm Kolmar, Fritz Linn, H. Herbert Michels, Jos. Benkert, Paul Rose, Ernst Sladek, Rud. Wittgen

Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

Freitag, den 22. September 1922

In Miete C 4 (Freie Volksbühne J 4491—K 4690, Bühnen-Volksbund Nr. 2061—2260) Mittlere Preise.

Die lustigen Weiber von Windsor

Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr.

G 6, 3. Trokadero, G 6, 3.

Täglich abends 7.30 Uhr 582

Das exquisite Programm mit Tanz.

Bier- u. Speise-Restaurant

N 2, 13 Zum Wilden Mann N 2, 13

Heute

Großes Schlachtfest

Empfehle gut bürgerl. **Mittag- u. Abendtisch.**
Reichhaltige Abendkarte. *443
Märzen-Bier
Es ladet ergebenst ein **Eugen Jehl.**

Tanz-Schule Schröder & Heß

Ein neuer **Anfängerkurs** beginnt Mittwoch den 4. Okt., abends 8 Uhr in der Lamey-Loge. Ortsübliche Tänze, sowie auch die modernsten Tänze werden gelehrt. Anmeldungen erbeten **B 7, 14.** *412

Rhein-Haardtbahn.

Anstelle der ab 20. September geplanten 60%igen Erhöhung der Personentarife wird am 22. l. M. eine nur 25%ige Tariferhöhung eingeführt. Nähere Auskünfte erteilen die Betriebsstellen und Agenturen. 8856

Haut-, Blasen-, Frauenleiden (ohne Quecksilber, ohne Einspritzung). Blut-, Urin-Untersuchungen | **Syphilis**-Behandlg. nach den neuest. wissensch. Methoden ohne Berufsstörung

Aufklär. Brosch. No. 5c geg. Einsend. v. M. 14.— diskr. verschl.

Spez.-Arzt Dr. med. Holländer's ...

Frankfurt a. M., Bethmannstraße 56, gegenüber Frankfurter Hof. Tel. Hansa 6083. E72
Täglich 11—1, 5—7 Uhr; Sonntags 10—12 Uhr.

... Seife ...

Flechten ...

Arido-Creme ... Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

G370

Gummi-Mäntel

für Herren und Damen

in modernster Ausführung, sowie

Lederjoppen für Motorradfahrer, Arbeiter usw.

sind wieder eingetroffen. 8624

Hill & Müller

N 3, 12 Kunststraße N 3, 12 Fernruf Nr. 876

Große Versteigerung

Q 3, 4. Q 3, 4.

Am Freitag, 22. Sept., nachm. 2½ Uhr, versteigere Möbel, Haushaltungsgegenstände und Kleider aller Art. Ferner 1 Fahrrad, 1 Nähmaschine, 2 Pelzgarnituren, 1 Flaschenzug, 1 Gewehr und anderes mehr. 3801

Uebernehme jed. Posten Möbel oder Ware zum Versteigern od. geg. bar. **M. Arnold,** Auktionator und Taxator, Q 3, 4 Telephon 6219.

Heirat.

Besserer Herr, Ende der 20er Jahre, sucht mangels Damenbekanntschaft auf diesem Wege mit gebild. Fräulein in Verbindung z. treten zm

Heirat

Gefl. Zuschr. u. C. A. 20 an die Geschäftsstelle erbeten. *430

Heiraten vermittelt Frau Schmuck, H 1, 15 526

Geldverkehr.

Suche mit 30000 M.

mich tätig zu beteiligen. Angeb. u. B. O. 8 an die Geschäftsst. ds. Bl. *402

Vermischtes.

Suche mich an **kurzfristig. Geschäften zu beteiligen.**

Angeb. u. B. E. 99 a. d. Geschäftsst. d. Bl. B6739

Teilhaber

mit größerem Kapital könnte sich an gutem Geschäft beteiligen, zwecks **Einkauf von Kartoffeln** usw. da große Keller und Räume vorhanden. *393

Angebote unt. B. L. 5 an die Geschäftsstelle.

Begabtes Mädchen kann das Kleidermachen erlernen. *428 **Maier,** Hch. Lanzstr. 33.

Einige gebildete Damen und Herren suchen im Zentrum **guten bürgerlichen** *419

Mittag- und Abendtisch.

Gefl. Angebote unter B. V. 15 an die Geschäftsst.

Junge Leute bis zur Seefahrt moll., erh. schriftl. Aufklärung und Rat. Gtts Auskunftei Hamburg 36, Schließfach 112, J. 29.

Offene Stellen

Bedeutendes internationales Speditionshaus am Rhein sucht zum baldigen Eintritt eventl. später 8880

1 zweiten Filialleiter

für badische Niederlassung

einen Abteilungsleiter

für Sammelverkehr

mehrere Expedienten

für den internationalen Verkehr

2 erfahr. Akquisiteure.

Angebote mit ausführlichem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüche unter E. N. 113 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Von internationalem Speditionshause

an der deutsch-französischen Grenze werden zum baldigen Eintritt

2 Expedienten

mit Tarifkenntnissen 8798

1 Fakturist

1 perf. Stenotypist (in)

in Dauerstellung geg. gute Bezahlung gesucht. Angebote unter D. T. 194 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Direktionssekretärin

für sofort gesucht. Bedingung: flott in Stenographie u. Schreibmaschine. Angebote mit selbstgeschriebenem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild erbeten an die 8838

Fabrik Stolzenberg G. m. b. H.

Oos-Baden-Baden.

Modistinnen

2 jüngere, sofort bei hohem Lohn gesucht. *406

Anna Hack, Modes, Waldhofstr. 8.

50% Verdienst erhält jeder beim Verkauf unf. Waren. **Pötters & Schäfer,** ... Fabrik, Barmen 14.

Jüngere **Stenotypistin**

(keine Anfängerin) für hiesiges gr. Büro zu baldigem Eintritt gesucht. 3787

Selbstgeschr. Angebote unter E. J. 109 an die Geschäftsstelle dis. Bl.

Mehrere fleißige, ehrliche und zuverlässige

Dienstmädchen

gesucht. G185

Bewerbungen mit Zeugnissen an die

Heilstätten Friedrichsheim-Luisenheim bei Kandern (Baden).

Bess. Mädchen

zu 3jähr. Kinde von 10 bis 6 Uhr gesucht. *426 **Mayer,** Waldparkdamm 2. Zu sprechen von 8—10 und ab 3 Uhr.

Pflegerin von einer älteren Dame gesucht. Näheres in der Geschäftsstelle. B6720

Einfaches, sauberes **Büfettfräulein** gesucht. *420 **Hotel National.**

Tüchtiges Alleinmädchen

gesucht bei hohem Lohn, guter Verpflegung und Behandlung. *390 **E. Theilacker, Mannheim O 7, 29.** 2. Stock.

Alleinmädchen

selbständig, in klein. gut. Haushalt gesucht. *299 Damengstraße 9, 1.

Suche ein nur ehrlich, anständiges *389

Mädchen

das selbständig kochen kann und alle anderen Arbeiten verrichtet, zu kleiner Familie in ein Geschäftshaus bei guter Verpfleg. u. hoh. Lohn. **Fr. Fischer, Q 5, 14.**

Zuverl. Mädchen das gut kochen kann und etwas Hausarbeit übernimmt, für mögl. sofort gesucht. G83 **Frau Dr. Haas** Otto Beckstraße 27.

Suche für m. Herrschaft (3 Erw.), guten fl. Haushalt, älteres, tüchtiges

Alleinmädchen

Guter Lohn. *408 Näheres Rosengartenstraße 19, 2 Tr. rechts.

Zuverlässiges **Alleinmädchen**

zu kinderlosem Ehepaar bei einfpr. gutem Lohne gesucht. 3789 Zu erfr. bei **Well, E 7, 24.**

Gutempfohlenes **Mädchen**

das kochen kann, zu kinderlosem Ehepaar gesucht. B6728 Viktoriastraße 19, part.

Anständiges ehrliches **Mädchen**

für die Küche tagsüber gesucht. *418 **Conditorei und Café Betzler, Q 3. 21.**

Alleinmädchen

für sofort od. 1. Oktober gesucht. *437 **Fr. Schleber, O 7, 16.**

Mädchen.

Für sofort oder 1. Okt. suche tücht. Mädchen für Küche und Hausarbeit. Bess. Haushalt. 3 Personen. Hoher Lohn 3791

Frau J. Weller. Ludwigshafen, Ludwigstraße 63.

Brav. fleiß. Mädchen zum 1. Oktober gesucht. **Schreck** Luisenring 29a. *388

Jg. Mädchen findet engen Stellung f. ganze o. halbe Tage. Frau Wilke Hch. Lanzstr. 26, II. *414

Ehrliches, fleißiges B6732

Dienstmädchen

bei guter Verpflegung u. hohem Lohn per sofort oder 1. Oktober gesucht. Feudenheim, Talstr. 14.

Stellen-Gesuche

Jüngere Kontoristin in Stenogr. u. Schreibmaschine perf., sowie in allen Büroarbeiten gut bewandert, sucht Stelle, ev. auch außerhalb Mannheim. *394 Angebote unt. B. M. 6 an die Geschäftsstelle.

Junger Kontorist mit Kenntnissen in Stenographie und Maschinenschreiben, sucht Stellung per sofort. *395 Angebote unt. B. N. 7 an die Geschäftsstelle.

Kriegsbeschädigter fleiß. 35jähr. Mann, sucht leichtere Tätigkeit, kaufm. und andere Art. *387 Angeb. an Schäfer, Ludwigshafen, Moltkestr. 1.

Geschäftsmann sucht Stellung als *405

Autobegleitsmann oder sonstigen Vertrauensposten

am liebsten Lebensmittelbranche. Angebote unter B. R. 11 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kaufmann

30 Jahre alt, verh., seit 8 Jahren eigenes Geschäft, sucht **Vertrauensposten.** (Filialleiter oder ähnl.) Kaution bis zur Höhe von M. 200 000.— kann gestellt werden. Zuschriften erb. u. B. P. 9 an die Geschst. *403

1. Buchhalter und Korrespondent in Deutsch, Franz. und Italienisch, sucht **Vertrauensstellung.** B6721 Angebote u. Y. Z. 44 die Geschäftsstelle.

Kaufmannssohn sucht **Verkäufer-Stelle** in flottem Detail-Geschäft (Tuchwarenbranche bevorzugt), zur weiteren Ausbildung. B6735 Vergütung gegen Kost u. Logis. Ang. u. A. R. 56 an die Geschäftsstelle.

Junger Mann 18 Jahre alt, mit schöner Handschrift sucht per 1. Oktober Beschäftigung in leichteren Büroarbeiten, Besorgung von Botengängen ec. Anerbieten unter B. X. 17 an die Geschäftsstelle. *423

Rout. Pianistin sucht Engagement für Kino. Angeb. unt. B. K. 4 an die Geschäftsstelle. *392

Intellig. Dame sucht Leitung einer Filiale od. Vertrauensstellung im Verkauf ev. Büroposten. Angebote u. Y. H. 27 an die Geschäftsst. d. Bl. *230

Fräulein 19½ Jahre alt, in Büro- u. Buchhaltungsarbeiten bewandert, (einschließlich 2jähriger Lehrzeit) 3½ Jahren in kaufmän. Betrieben tätig, **sucht sich zu verändern** z. Zt. in ungekündigter Stellung. Antritt nach Abrede. Angeb. unter B. Q. 10 an die Geschäftsst. *404

Fräulein B6742 mit prima Zeugnissen, sucht per 1. Oktober Stelle auf **Büro f. Buchhaltung.** Ang. u. K. 2532 an den Mannh. General-Anzeig. Zweigst. Waldhofstr. 6.

Mädchen *427 perf. im Kochen u. Hausarbeit, sucht selbst. Stelle i. kindl. Haush. Ang. u. B. Z. 19 a. d. Geschäftsst.

Kauf-Gesuche

Mehrere Perser-Teppiche

für elegante Wohnungseinrichtung bei sofort. hoher Vorauszahlung **zu kaufen gesucht.** Angebote erb. unter N. M. 214 an Rudolf Mosse, Mannheim. G83

Gebrauchte **Weinflaschenschränke**

zu kaufen gesucht. Angebote unter E. P. 106 an die Geschäftsstelle ds. Blattes erbet. 8846

Aelt. Herr, Witwer, f. 1 E.-Haus zu kauf. Einheir. bevorz. Angeb. Schließfach 57, Bensheim (Hess.) *376

Sofort zu kaufen gesucht

kleine Villa

möglichst Mannheim, gegen eventl. Wohnungstausch in Mannheim. Angebote unt. M. 5182 an D. Frenz, Mannheim. E317

Guterhaltene **Mandoline** zu kaufen gesucht. *384 Cannabichstr. 11. II. r.

Perser Teppiche jeder Größe jeder Art zu hohen Preisen zu kaufen gesucht. Ang. u. B. J. 3 a. d. Gesch. B6740

Ein sehr gut erhalt. **Chaiselongue** m. Decke, nur von Privat zu kaufen gesucht. Angeb. u. C. P. 25 an d. Gesch.*433

Gebr. Leitz-Ordner und Briefablege-Mappen zu kaufen gesucht. *421 Angebote unter B. W. 16 an die Geschäftsst.

Zu kaufen gesucht

1 **Reithose** (für mittl. Größe), **1 Paar Reitstiefel** (Größe 41—42), in gutem Zustande. *372 Angebote mit Preisangabe unter A. W. 91 an die Geschäftsstelle.

Garage möglich in Nähe Marktplatz gelegen, zu mieten oder zu kaufen gesucht, event. mit kleinem Haus. Gefl. Angeb. unt. C. B. 21 an die Geschäftsst. *431

Verkäufe.

Gutgehend. Frachtfuhr-Geschäft mit Federrolle, 60—70 Zentner Tragkr. in einem Vorort Mannheims zu verkauf. Adr. in der Geschäftsstelle dieser Zeitung. *401

Zahnpraxis. Gutgeh. Damenpraxis, 6 J. best., Nähe Mannh., mit kompl. Einricht., ist für 150 000 Mk. bar zu verkauf. Ernstl. Ang. u. **Zahnpraxis, Hauptpost Mannheim** erbet. *409

Mechanische Werkstatt mit Kraftanschluß und sämtlichem Zubehör, zu verkaufen. *424 **Gebr. Heimsath** Mannheim, Laurentiusstraße 26.

Flottweg-Motorrad tadellos erhalten, sehr preisw. abzug. *388 **Joachim, Q 3, 20.**

Schw. Gehrockanzug mittl. Figur, zu verkauf. Offermann, Rheindammstraße 15. 4. St. l. *391

Motorrad Opel mit Lehrlauf *422

Herren- u. Damen-Räder bill. zu vk. J 4a, 5, Lösch.

2 Drehstrom-Motoren 130/210 Volt, 2 PS. neu, preisw. zu verk. *386 **G. Heinemann** Lorzingstr. 12. Tel. 2171.

Elektro-Motor gebraucht, 20 PS. Drehstrom, 720 Touren, 120 Volt mit Anlasser zum **Preis von M. 130 000** sofort abzugeben. Angebote unter E. K. 110 an die Geschäftsst.

20 cbm Forchenholz 40, 50, 60 mm
20 cbm Tannenholz
450 qm Bodenriemen
Gipsdielen 2½, 3, 5, 7 cm stark, zu verkaufen. *313
Finkbeiner Akt.-Ges., Stuttgart Bergstr. 81B. Tel. 9718.

2 Schaukästen 2½×70 billig zu verk. **Schwan-Apotheke E 3, 14.** *362

1 Schlafzimmer und 1 Küche, fast neu, zu verkaufen. B6719 **Andres,** M 4, 11, II.

1 amerik. Journal Gr. 45/58 cm, 200 Blatt, 14 Famil., sol., schönes, gut. Papier ev. Fabrikation, umständeh. zu 5000 M abzug. (heut. Preis 5000 M.). Zuschr. u. A. Y. 93 an die Geschäftsstelle. *375

Aquarien zu verkaufen *429 **G 6, 10, part.**

Für Wiederverkäufer! Größeren Posten **Thüringer Spielwaren** hat billigst abzugeben. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. *373

Tafel-Gedeck mit 12 Servietten, 160×220 - 65×65, prachtvolles Rosenmuster in Damast-Leinen, zu verk. **Jac. Wellenreuther Mannheim-Käfertal** Mannheimerstraße 142 Haltestelle Scheibenstr.

Pferdeliebhaber! Schönes 1½jähriges **Fohlen** rassig, prächtiges Tier, zu verk. Zu erfragen in der Geschäftsstelle od. Telephon 788. 3797

Wolfshund 1 Jahr alt, selten schönes Exemplar, zu verkaufen. *367 **Muhr, O 5, 14.**

Zu jeder Jahreszeit wird es bei Jung und Alt gern gesehen, wenn als erfrischende Nachspeise ein

Oetker Pudding

auf den Tisch kommt. Mit frischen gekochten oder eingemachten Früchten, mit Rhabarber oder mit Fruchtsaft angerichtet, ist dies zugleich eine nahrhafte und gesunde Speise. Der besondere Zusatz von knochenbildenden Salzen in Dr. Oetker's Puddingpulver macht diese zu einem hervorragenden Nährmittel für heranwachsende Kinder, und sollte diesen so oft als möglich vorgesetzt werden.

Dr. Oetker's Puddingpulver

kommen niemals lose, sondern nur in Originalpaketen mit der Schutzmarke

„Oetker's Hellkopf"

in den Handel.

Miet-Gesuche

Möbliertes Zimmer

per sofort gesucht. 3777

Gimbel & Neumond G. m. b. H. Ludwigshafen a. Rh.

Junges Ehepaar

sehr ruhige Mieter, sucht *413

1 bis 2 möblierte Zimmer

zu mieten. Küchenbenützung evtl. erwünscht, dagegen etwas Hausarbeit übernommen werden. Angebote unter B. S. 12 an die Geschäftsstelle.

Wohnungstausch!

Schöne 5-Zimmerwohnung in guter Lage (Lindenhof) gegen geräumigere Wohnung (**5 große, oder 6 bis 7 Zimmer**), **zu tauschen gesucht,** möglichst Oststadt oder Gegend zwischen Bahnhof und Schloß. In Frage kommt **auch Kauf eines Ein- oder Mehrfamilienhauses** mit durch **Tausch** frei werdender entsprechender Wohnung. G960

Angeb. unt. E. O. 107 an die Geschäftsst.

Bremen—Mannheim.

Modernes Bremer Einfamilien-Haus mit 7 oder 9 Wohn., Bad, Zentr.- u. Ofenheizung, Garten u. allem Zubehör in bester Lage Bremens geg. gleichw. 6 Z.-Wohnung in Mannheim zu tauschen gesucht. 8776) A. v. Beesslin, Bremen, Franzstraße 18.

Wohnungs-Tausch

4 schöne neu hergerichtete Zimmer mit elektr. Licht, Bad, Küche u. Zubehör, in zentraler Lage, gegen 6—7 Zimmer-Wohnung, möglichst Oberstadt gegen eventl. Vergütung **zu tauschen gesucht** eventl. Hauskauf. Angebote unter L. 5181 an D. Frenz, Annoncen-Büro, Mannheim. E317

Wir suchen für eine Dame

möbl. Zimmer

in nur gutem Hause per sofort eventl. 1. Oktober. **Geschw. Alsberg.** *370

Möblierte Wohnung

mit Küche, mindestens zwei Zimmer, in nur besserem Hause, sucht alleinstehendes Ehepaar, Deutsch-Amerikaner. 3785 Angebote erbeten unter E. H. 108 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Besseres Fräulein sucht per sofort 3795 **nettes möbliertes Zimmer.** Angeb. unter E. L. 111 an die Geschäftsst.

Selbst. Kaufmann sucht **Wohn- und Schlafzimmer** (auch unmöbliert), in guter Lage. *435 Angenehmer Mieter, da viel auf Reisen. Angeb. unt. B. Y. 18 an die Geschäftsstelle.

Junger anständ. Herr sucht für sofort *381

möbl. Zimmer

event. mit vollständiger Pension. Angebote unt. B. C. 97 an die Geschäftsstelle d. Bl. *381

Möbliertes Zimmer von nettem jung. Kaufmann in besserem Hause event. mit Familienanschluß per 1. Oktober zu mieten gesucht. Angeb. unter C. C. 22 an die Geschäftsstelle.

Für Büro 1 leeres Zimmer zu mieten gesucht. B6731 Angebote unter A. O. 78 an die Geschäftsstelle.

Leere 2 Zimmer oder möbliert ... Einrichtung von

Büro

sofort gesucht. Angebote unt. K. 3179 an D. Frenz, G. m. b. H., Mannheim.

Vermietungen

Börse, Nähe

Räume mit Haus

Büro oder Geschäft, zu vermieten evtl. zu verk. **Wilh. Gernet,** Renners-hofstraße 21.